
„American Revolution“ – Die Unabhängigkeit der USA (S. 30/31)

Didaktische Überlegungen/Kompetenzziele

Mit dieser Auftaktdoppelseite sollen die Schülerinnen und Schüler auf das Pflichtmodul eingestimmt werden. Die Anmoderation und die Leitfragen werfen Schlaglichter auf bedeutende Ereignisse des Kampfes um Unabhängigkeit sowie die daraus resultierenden Konsequenzen, die zum Teil bis in die Gegenwart reichen.

Oertels Historiengemälde auf S. 30 zeigt, wie das Reiterstandbild von Georg III. in New York am 6. Juli 1776 gestürzt wird. S. 31 listet die Kompetenzen auf, die bei der Bearbeitung des Kapitels erworben werden.

Literatur- und Medienhinweise

- Willi Paul Adams, Angela Meurer Adams (Hrsg.), Die Amerikanische Revolution in Augenzeugenberichten, München 1976.
- Willi Paul Adams, Die USA vor 1900, München 2. Aufl. 2010.
- Horst Dippel, Die Amerikanische Revolution 1763–1787, Frankfurt am Main 1985.
- Horst Dippel, Geschichte der USA, München 10. Aufl. 2015.
- Marco Dräger, Wie der Schlüssel der Bastille in die USA kam. Zum Zusammenhang von Amerikanischer und Französischer Revolution, in: Geschichte lernen, Heft 188 (2019), S. 54–59.
- Philipp Gassert u. a., Geschichte der USA, Stuttgart 2018.
- Jürgen Heideking, Christof Mauch, Geschichte der USA, Tübingen 6. Aufl. 2008.
- Michael Hochgeschwender, Die Amerikanische Revolution. Geburt einer Nation 1763–1815, München 2. Aufl. 2017.
- Charlotte A. Lerg, Die Amerikanische Revolution, Tübingen 2010.
- Udo Sautter, Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, Stuttgart 8. Aufl. 2013.

Die Gesellschaft in den nordamerikanischen Kolonien (S. 32 – 35)

Fachlicher Hintergrund

Seit Beginn des 17. Jahrhunderts entstanden an der Ostküste Nordamerikas aus unterschiedlichen Motiven englische Siedlungskolonien, die sowohl in ihrem rechtlichen Status als auch sozial und wirtschaftlich sehr verschieden waren. Die Krone überließ die Koloniegründungen Einzelpersonen, Personengruppen und Handelsgesellschaften.

Der Ausbruch des englischen Bürgerkrieges in den 1640er Jahren führte zwar zu einer Vernachlässigung der Kolonien durch das Mutterland, doch bereits in den 1650er Jahren unter dem Regime Oliver Cromwells stieg das Interesse an ihnen wieder deutlich an. Seit Beginn der Restauration der Stuart-Monarchie im Jahr 1660 erließ das Parlament zahlreiche Handels- und Schifffahrtsgesetze, die die Kolonien in das merkantilistische Wirtschaftssystem des Mutterlandes einbanden. Die Glorreiche Revolution von 1688/1689 verhinderte weitergehende Bestrebungen einer noch stärkeren Einmischung in innen- und wirtschaftspolitische Angelegenheiten der Kolonien.

Gesellschaftlich und ökonomisch waren die Kolonien in den ersten anderthalb Jahrhunderten ihrer Existenz ebenso von einem starken Bevölkerungswachstum wie von wirtschaftlichem Aufschwung (Handel, Export und Agrarproduktion sowie Umstellung der Plantagenwirtschaft auf Sklavenarbeit in den südlichen Kolonien) geprägt. Die Kolonisten orientierten sich – bei großen Unterschieden zwischen den einzelnen Kolonien – weiterhin an sozialen und kulturellen Leitbildern des Mutterlandes; diese „Anglisierung“ bildete die Basis einer gemeinsamen Identität.

Didaktische Überlegungen/Kompetenzziele

Mithilfe dieses Kapitels sind die Schülerinnen und Schüler in der Lage, die Entwicklung der britischen Kolonien in Nordamerika von ihrer Gründung bis in die 1770er Jahre in politischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht zu analysieren sowie das Verhältnis zum Mutterland zu charakterisieren. Sie können bereits erste Probleme mit dem Mutterland erläutern, die sich aus der starken Eigenständigkeit der Kolonien ergeben.

Erläuterungen zu den Arbeitsaufträgen

Darstellungsteil:

1.
 - Kolonisierung seit spätem 16. Jh., 1607 erste dauerhafte Siedlung Jamestown
 - enge Verbindung von politischer und religiöser Gemeinde
→ steuerfinanziertes Bildungssystem (zunächst zwecks Bibelstudium)
 - Siedlungskolonien (Flucht vor Armut, Hunger und Krieg in Europa)
→ Handel mit Europa und der Karibik
 - Entstehung kolonialer Eigenheiten trotz Pflege von Traditionen aus England
 - unterschiedliche Rechtsformen der Kolonien (Eigentümerkolonien, Charterkolonien, königliche Kolonien)
 - Parlamente nach Zensuswahlrecht mit Gesetzgebungsrecht, Gouverneure mit Veto-Recht
2.
 - weitgehend politische Selbstverwaltung der Kolonien unter Anerkennung der englischen Souveränität, „wohlwollende Vernachlässigung“ durch das Mutterland
 - wirtschaftliche Prosperität der Kolonien nutzt auch dem englischen Mutterland (Zölle)
 - Fortbestand der politischen Selbstständigkeit der Kolonien auch im 17. Jh., sogar noch Erweiterung gegen Ende des 17. Jh. trotz gegenteiliger Bemühungen des Mutterlandes
→ Wahrung von Selbstständigkeit und Selbstbewusstsein der Kolonien
→ zunehmendes Spannungsverhältnis zwischen Kolonien und Mutterland
3.
 - Siedlungskolonien, Handel mit den dort erzeugten Produkten (z. B. Tabak, Reis, Indigo)
 - verschiedene Industrien; Güter: Nahrungs- und Genussmittel, Metall sowie Keramik und Textilprodukte
 - in den südlichen Kolonien hauptsächlich Plantagenwirtschaft mit einem hohen Anteil an Sklaven

Materialteil:

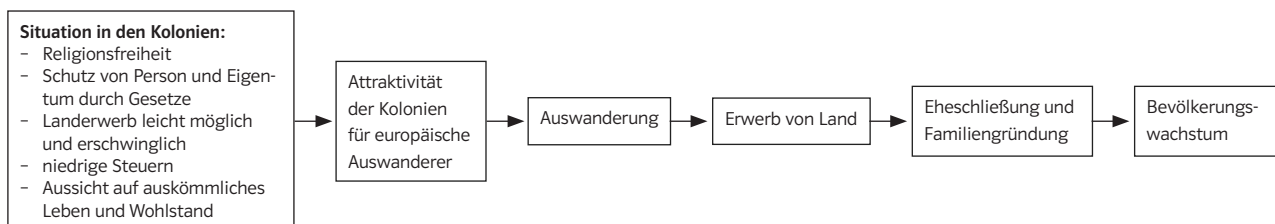
1.
 - Religionsfreiheit für alle Menschen, wenn sie die Souveränität der kolonialen Regierung achten
 - politische Mitbestimmung in Legislative oder Exekutive für Christen (ungeachtet ihrer Konfession), sofern sie als Untertanen die Souveränität des englischen Königs anerkennen und auch dem Kolonieeigentümer Treue geloben
2. (siehe Schaubild unten)
3.
 - 1606 als Eigentümerkolonie gegründet
 - lokale Selbstverwaltung der Kolonie durch einen 13-köpfigen Rat
 - Kontrolle durch einen ebenfalls 13-köpfigen Rat in England („Rat von Virginia“), der als oberstes Leitungs- und Verwaltungsgremium der Kolonie fungiert und dessen Mitglieder vom König ernannt werden
 - Modifikation des politischen Systems bereits 1621: Einsetzung von zwei Ratsversammlungen in der Kolonie selbst
 1. *Staatsrat*: wird von Zeit zu Zeit einberufen und wieder aufgelöst, Mitglieder werden von der Virginia Company ernannt, dienen der Unterstützung des Gouverneurs
 2. *Allgemeine Versammlung*: einmal pro Jahr Einberufung durch den Gouverneur, Mitglieder: Angehörige des Staatsrates sowie von den Kolonisten gewählte Deputierte/Abgeordnete, kann Gesetze und Verordnungen erlassen
 - Veto-Recht des Gouverneurs gegen Entscheidungen der Allgemeinen Versammlung
 - Maßstab/Leitlinie für beide Gremien: Orientierung an englischen Gesetzen und Gebräuchen
 - Inkrafttreten von Gesetzen und Verordnungen der Allgemeinen Versammlung erst nach Billigung in England durch den „Rat von Virginia“
 - Erweiterung der begrenzten lokalen Selbstverwaltung durch Errichtung eines Kolonialparlaments
 - teilweise Übernahme des englischen politischen Systems

4.
 - jede Kolonie ist eigenständig (kein koordiniertes Vorgehen im Kriegs- und Krisenfall möglich)
 - unterschiedliche Ansichten und Interessen der Kolonien führen oft zu Uneinigkeit
 - auch innerhalb der Kolonien besteht keine Einigkeit, oft Streit zwischen Parlament und Gouverneur
 - Langsamkeit politischer Entscheidungen aufgrund intensiver politischer Streitkultur, auch bei eigentlich dringenden Entscheidungen
 - Indifferenz gegenüber anderen Kolonien, Egoismus
 - eigene Währungen
 - Schwierigkeiten beim Handel untereinander

Literatur- und Medienhinweise

- Jack P. Greene, *Pursuits of Happiness. The Social Development of Early Modern British Colonies and the Formation of American Culture*, Chapel Hill 1988.
- Richard Middleton, *Colonial America. A History, 1607–1760*, Cambridge und Oxford 1992.
- Alan Taylor, *American Colonies. The Settling of North America*, New York u. a. 2001.
- Hermann Wellenreuther, „The Wisdom to Secure the Entire Absolute and Immediate Dependency of the Colonies“: Überlegungen zum Verhältnis zwischen der Krone und den englischen Kolonien in Nordamerika, 1689 bis 1776, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung*, Göttingen 1976, S. 59–75.

Zusammenhang von (Religions-)Freiheit, Wohlstand und Bevölkerungswachstum



Der Siebenjährige Krieg – The French and Indian War (S. 36 – 39)

Fachlicher Hintergrund

Bereits seit Ende des 17. Jahrhunderts war ein Dualismus zwischen England und Frankreich um die Hegemonie in Nordamerika deutlich; beide Mächte stützten sich bei ihren kolonialen Auseinandersetzungen auf indigene Bündnispartner. Der French and Indian War (1754–1763) prägte die Kolonisten nachhaltig, da viele von ihnen – anders als bei früheren Kolonialkriegen – daran teilnahmen. Neben dem umfangreichen Truppenkontingent waren auch die Finanzmittel, die die Kolonien für den Kampf zur Verfügung stellten, bedeutsam.

Gleichwohl teilten britische Militärs und Politiker die in den Kolonien vorherrschende Meinung nicht, dass die amerikanischen Kolonisten einen wesentlichen Beitrag zur Niederlage Frankreichs geleistet hätten, auch wenn dies aus heutiger Perspektive historisch unzweifelhaft ist.

Didaktische Überlegungen/Kompetenzziele

Die Schülerinnen und Schüler können auf der Grundlage dieses Kapitels die Bedeutung des Siebenjährigen Krieges für und die Auswirkung auf das Verhältnis von Kolonien und Mutterland erläutern. Ferner können sie die globale Dimension dieses Konfliktes mithilfe der Materialien herausarbeiten.

Erläuterungen zu den Arbeitsaufträgen

Darstellungsteil:

1.

Kolonien:

- britische Vorherrschaft in Nordamerika
- politisch und wirtschaftlich mehr Selbständigkeit gegenüber dem Mutterland
- Selbstbehauptung gegen Franzosen und „Indianer“

Großbritannien:

- Vorherrschaft in Nordamerika (wirtschaftlich: Absatzmärkte, Handelswege, Rohstoffe; politisch: Siedlungsgebiete; militärisch: Forts)

Frankreich:

- Vorherrschaft in Nordamerika (wirtschaftlich: Absatzmärkte, Handelswege, Rohstoffe; politisch: Siedlungsgebiete; militärisch: Forts)

Spanien:

- Vorherrschaft in Nordamerika (wirtschaftlich: Absatzmärkte, Handelswege, Rohstoffe; politisch: Siedlungsgebiete)

„Indianer“:

- Selbstbehauptung gegenüber den Kolonialmächten
- Beibehaltung ihrer Lebensweise und ihres Siedlungsgebiets

2. (siehe Tabelle unten)

Siebenjähriger Krieg		
Verhältnis zwischen Vereinigtem Königreich und Kolonien	Verbesserung	Verschlechterung
während	<ul style="list-style-type: none"> – Freude über den neuen König Georg III. – enge Bindung von Kolonien und Mutterland wegen des gemeinsamen Kampfes (Zusammenhalt) 	<ul style="list-style-type: none"> – gegenseitige Geringschätzung von regulären britischen Streitkräften und kolonialen Miliztruppen → Gefühl der Herabsetzung durch die Briten
nach	<ul style="list-style-type: none"> – Freude über militärischen Sieg 	<ul style="list-style-type: none"> – Gegensätze zwischen Kolonien und Mutterland werden deutlich sichtbar – gestärktes koloniales Selbstbewusstsein aufgrund des geleisteten militärischen Engagements – weiterhin politische und wirtschaftliche Bevormundung der Kolonien durch das Mutterland – Beteiligung der Kolonien an den Kriegskosten mittels Besteuerung

Materialteil:

1.
 - Großbritannien kann sich wegen der französischen Präsenz in Nordamerika als Schutzmacht der Kolonisten aufspielen.
 - Großbritannien kann rigide wirtschaftliche Vorgaben machen (z.B. kein Handel mit dem Ausland, kein Abbau von Edelmetallen außer bei Export nach Großbritannien).
 - „Zügelloses, selbstsüchtiges und willkürliches Verhalten“ der Kolonisten wird unterdrückt.
 - Bindung zum Mutterland wird wegen „Franzosen-Gefahr“ nicht gelöst (trotz angeblich bereits bestehender gegenteiliger Ansichten, Wünsche, Bestrebungen und Pläne).
→ Großbritannien muss sich nach dem Siebenjährigen Krieg weitere Maßnahmen überlegen, um die Kolonien in „gebührender Unterordnung zu halten“
2. (siehe Tabelle unten)
3.
 - Schauplätze: Europa, Afrika, Asien, Nord- und Südamerika
 - wechselseitige Beeinflussung und Vernetzung unterschiedlicher Räume und Kulturen
 - Leid der Zivilbevölkerung (Anteil der Betroffenen)
 - globale Dynamik der Konflikteskalation
 - globale Kriegsberichterstattung und Kommunikation, weltweite Rezeption des Krieges
 - weitreichende Folgen dieses Krieges (z.B. die „atlantischen Revolutionen“)

Literatur- und Medienhinweise

- Fred Anderson, *Crucible of War. The Seven Year's War and the Fate of Empire in America, 1754–1766*, New York 2000.
- Sven Externbrink (Hrsg.), *Der Siebenjährige Krieg (1757–1763). Ein europäischer Weltkrieg im Zeitalter der Aufklärung*, Berlin 2011.
- William M. Fowler, *Empires at War. The French and Indian War and the Struggle for North America 1754–1763*, New York 2005.
- Marian Füssel, *Der Siebenjährige Krieg. Ein Weltkrieg im 18. Jahrhundert*, München 2. Aufl. 2012.
- Warren R. Hofstra (Hrsg.), *Cultures in Conflict. The Seven Years' War in North America*, Lanham u.a. 2007.
- David G. McCullough, *1776. America and Britain at War*, London 2005.
- Hermann Wellenreuther, *Der Vertrag zu Paris (1763) in der atlantischen Geschichte*, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 17 (1999), S. 81–110.

Amerikaner	Briten
<ul style="list-style-type: none"> – schätzen ihren eigenen Anteil am Kriegserfolg als sehr hoch ein – rigide Disziplin und Standesunterschiede bei den Briten erscheinen ihnen suspekt – empfinden die Briten als arrogant, fühlen sich von ihnen herabgesetzt und als Menschen zweiter Klasse behandelt 	<ul style="list-style-type: none"> – schätzen ihren eigenen Anteil am Kriegserfolg als sehr hoch ein – beklagen die Disziplinlosigkeit der kolonialen Miliztruppen – kritisieren den Opportunismus und das Profitstreben der amerikanischen Händler – beargwöhnen die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Kolonialparlamente – nehmen die amerikanischen Soldaten als roh, ungehobelt, unkultiviert und ungebildet wahr
Folge: Vertiefung der Missverständnisse und Meinungsverschiedenheiten	

Zunehmende Spannungen (S. 40 – 45)

Fachlicher Hintergrund

Nach der Niederlage Frankreichs im Siebenjährigen Krieg bemühte sich die britische Regierung intensiv um eine stärkere Kontrolle der Kolonien sowie um eine Beteiligung der Kolonien an den Kosten ihrer Verwaltung und Verteidigung mittels Steuer- und Zollgesetzen.

Die Kolonisten empörten sich über diese neuartige Politik. Sie verfassten Petitionen an König und Parlament, organisierten Massenproteste und boykottierten britische Waren. Sie begründeten ihren massiven Widerstand gegen die Gesetzgebung damit, dass freie Engländer nicht ohne ihre Zustimmung besteuert werden dürften. Als zuständig sahen sie ihre eigenen Parlamente an und nicht dasjenige in Westminster, schließlich hatte sich bereits um 1700 ein politisches Repräsentativsystem in den Kolonien etabliert. Durch die Rücknahme der umstrittensten Gesetze in den Jahren 1766 und 1770 gelang es Großbritannien, die Krise kurzzeitig zu entschärfen.

Didaktische Überlegungen/Kompetenzziele

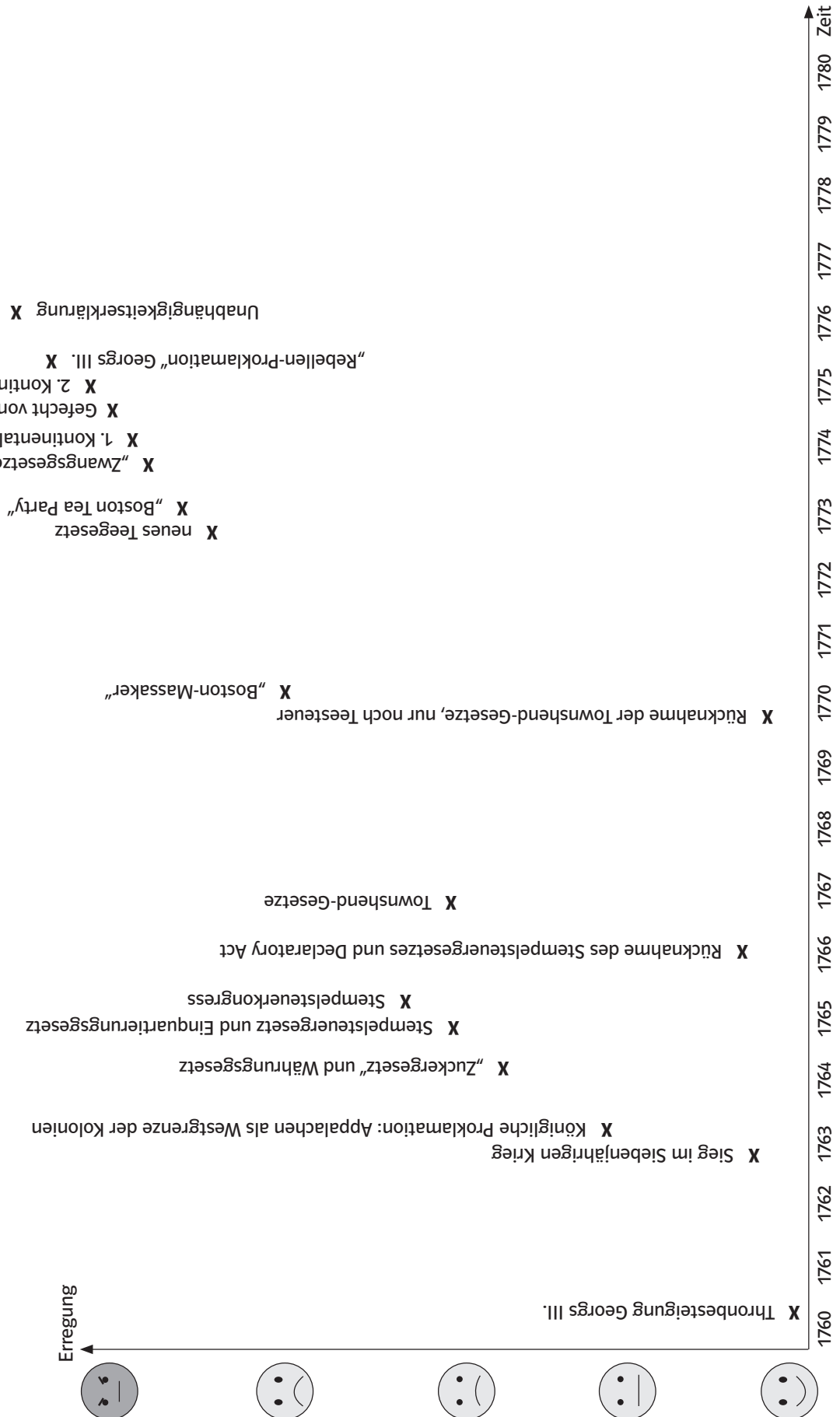
Die Schülerinnen und Schüler können mithilfe dieses Kapitels die zunehmenden Spannungen zwischen Mutterland und Kolonien in den 1760er Jahren herausarbeiten und deren Ursachen erläutern. Unter Berücksichtigung der Perspektiven der Konfliktparteien entwickeln sie eine Einschätzung der historischen Situation und können ein Sachurteil über das Verhältnis von Kolonien und Mutterland formulieren.

Erläuterungen zu den Arbeitsaufträgen

Darstellungsteil:

1. Siehe folgende Seite

Die „koloniale Erregungskurve“ in den 1760er und 1770er Jahren



2. Die Kolonisten fühlen sich durch die britische Gesetzgebung gekränkt und zurückgesetzt; sie empfinden ihre Leistungen im Siebenjährigen Krieg als nicht hinreichend gewürdigt und mit weiteren Zugeständnissen belohnt. Stattdessen sind sie aus ihrer Sicht nun von zahlreichen unbilligen Härten betroffen; auf die zahlreichen Maßnahmen und Gesetze, mit denen Großbritannien seine Herrschaft über die Kolonien festigen und intensivieren wollte, reagieren sie mit Enttäuschung und Empörung. Die Kolonisten sind verärgert und verbittert über die kompromisslose britische Politik, sie organisieren Boykotte und Proteste dagegen. Es findet eine Politisierung in den Kolonien statt, auch erste Formen der kolonieübergreifenden Kooperation gegen das Mutterland entstehen, sodass das Verhältnis nach dem Siebenjährigen Krieg zunehmend von Spannungen geprägt ist und sich verschlechtert.

3. Die britische Regierung bemerkt ihren Autoritätsverlust nicht, setzt stattdessen ihre strenge Politik gegen die Kolonien fort und verschärft sukzessive ihre Gangart. Einzelne Maßnahmen werden nur bei erheblicher Eskalation aus wirtschaftlichen Profitgründen und wegen der Vermeidung eines bewaffneten Konflikts zurückgenommen. Dem Mutterland ist das Gespür für die Stimmung in den Kolonien abhandengekommen.

Die Kolonien dagegen empfinden die britischen Maßnahmen als Zumutung, missachten bisweilen die britischen Anordnungen und reagieren entsprechend empört mit Gegenmaßnahmen wie Boykotten und Protesten, um ihren Standpunkt zu verdeutlichen. Dies führt zwar zu einem weiteren Ansehensverlust beim Mutterland, doch diese Strategie ist im Hinblick auf die kurzzeitige Beruhigung einzelner Konfliktherde durchaus erfolgreich, da das Mutterland gelegentlich nachgibt, bevor der Konflikt mit neuen Maßnahmen auf eine höhere Eskalationsstufe gehoben wird.

Jede Seite empfindet die Maßnahmen der Gegenseite als einen Angriff auf die eigenen Rechte und Freiheiten, jede Seite will die Oberhand behalten und ihre Position durchsetzen. Es findet keine an sachlichen Kompromisslösungen interessierte Kommunikation mehr statt, stattdessen ergehen sich beide Seiten in gegenseitigen Vorwürfen und Schuldzuweisungen.

Der Umgangston wird zunehmend schärfer und die Reaktionen emotionaler, sodass eine grundsätzliche Konfliktlösung auf rationaler Ebene in immer weitere Ferne rückt.

Materialteil:

1.

Beschwerden der Kolonisten:

- Unmut über Proklamation zum Schutz der Indianer wegen vorausgegangener Überfälle auf die Kolonisten während des Siebenjährigen Krieges
- Ärger über Bestrafung von Kolonisten, die vermutlich Indianer getötet haben, vor auswärtigem Gericht
- juristische und sicherheitspolitische Benachteiligung der Kolonisten im Grenzgebiet zu den Indianern
- Verstoß gegen grundlegende juristische Prinzipien („nulla poena sine lege“)

Interessensgegensätze:

- Kolonisten möchten vor Überfällen geschützt werden und um der wirtschaftlichen Prosperität willen weiter nach Westen (in indianisches Territorium hinein) expandieren;

- britische Zentralgewalt und koloniales Parlament wollen weitere Konflikte mit den Indianerstämmen vermeiden;
- Indianer möchten ihr Siedlungsgebiet behalten und verteidigen.

2. Otis argumentiert sowohl mit dem Naturrecht als auch mit positivem Recht (Magna Charta, Verfassung, englisches Common Law, Parlamentsbeschlüsse, königliche Freibriefe für die Kolonien), dass alle britischen Untertanen, egal wo auf der Welt sie geboren worden sind und leben, die gleichen Rechte besitzen – nämlich Recht auf persönliche Sicherheit, persönliche Freiheit und Privateigentum.

Howard gesteht den Kolonisten diese Rechte ebenfalls zu. Anders als den Individuen gesteht er diese Rechte den Kolonien als Körperschaften bzw. Institutionen nicht zu, für sie gelten laut Howard die zum Zeitpunkt ihrer Errichtung gültigen Bestimmungen nach wie vor. Eine Zustimmung der Kolonien zu ihrer Besteuerung sei daher weder erforderlich noch juristisch möglich, da das Unterhaus als parlamentarische Vertretung aller britischen Untertanen auf der gesamten Welt (gemäß der Auffassung der „virtuellen Repräsentation“) seine Zustimmung dazu gegeben hat. Diese sei wirksam und gültig. Eine wörtliche Auslegung des Grundsatzes der Zustimmung zur Besteuerung hält Howard nicht nur für unpraktikabel, sondern auch für „undurchführbar“.

3. Moffat interpretiert die Ausschreitungen, Boykotte und Proteste in den Kolonien als Werk geschickt agierender Agitatoren und Demagogen, die die bereits bestehende Unzufriedenheit in unteren und mittleren Bevölkerungskreisen für ihre Zwecke ausgenutzt und weiter bis hin zu hysterischen Gewaltexzessen verstärkt hätten. Lokale Honoratioren wie er selbst, die mäßigend und deeskalierend wirken wollten und dieser Stimmung entgegentraten, seien dagegen von den Demagogen als „Feinde der Freiheiten Nordamerikas“ bezeichnet worden, sodass sie ihren sonst üblichen Einfluss auf die Bevölkerung verloren hätten, ja sogar bei ihr verhasst seien und über keinerlei Möglichkeit mehr verfügten, hysterischen Falschmeldungen und der emotional aufgeheizten Atmosphäre rational entgegenzuwirken.

4. Z. 1–21: devote Einleitung

Artikel I: Untertanen des Königs, Anerkennung des Parlaments

Artikel II: Kolonisten sind gleichberechtigte Untertanen

Artikel III: Auferlegung von Steuern nur mit direkter oder indirekter Zustimmung der Besteuerten

Artikel IV: keine parlamentarische Vertretung der nordamerikanischen Kolonisten im britischen Parlament

Artikel V: Abgeordnete der Kolonien können nur aus den Kolonien selbst stammen

Artikel VI: Parlamentarisch beschlossene Besteuerung der Kolonisten verstößt gegen die Verfassung

Artikel VII: Recht auf eigene Geschworenengerichte

Artikel VIII: Neue Gesetzesakte verändern den Status der Kolonien

Artikel IX: Abgaben sind eine große finanzielle Belastung

Artikel X: Für die Kolonien nachteiliges Wirtschaftssystem ist deren Beitrag zum britischen Haushalt

Artikel XI: Koloniale Handelsbeschränkungen hemmen auch Großbritanniens Wirtschaftsaufschwung

Artikel XII: Prosperität der Kolonien hängt von den ihnen (nicht) gewährten Freiheiten und Rechten ab

Artikel XIII: Recht der Kolonisten auf Bittschriften an König und Parlament

Z. 109–124: Schlussformel, Bitte um Rücknahme des Stempelsteuergesetzes und der anderen Maßnahmen

Historische Kontextualisierung: Die Erklärung des Stempelsteuereinkongresses Ende Oktober 1765 stellt einen ersten Versuch der kolonieübergreifenden Zusammenarbeit dar, auch wenn die Positionen der einzelnen Kolonien unterschiedlich waren. In ihr werden das Selbstverständnis und die Rechtsauffassung der Kolonien zusammengefasst. Die Kolonisten vertreten die Ansicht, dass Steuern nur mit direkter Zustimmung der Besteuerten oder indirekter Zustimmung der von ihnen gewählten Abgeordneten erhoben werden dürfen, sodass die Besteuerung durch das britische Parlament unrechtmäßig sei, da die Kolonisten dort nicht vertreten seien. Nach Ansicht der Kolonisten war das britische Parlament letztlich überhaupt nicht befugt, Steuergesetze für die Kolonien zu verabschieden, weil wegen der geografischen Distanz eine (angemessene) Repräsentation der Kolonien im britischen Parlament unmöglich war.

Die Boykotte britischer Produkte sowie die Proteste gegen die Eingriffe in die koloniale Selbstverwaltung sorgten für eine Politisierung weiterer Bevölkerungskreise in den Kolonien, die erfolgreich erzwungene Rücknahme der Maßnahmen steigerte das Selbstbewusstsein der Kolonisten, auch wenn diese sich nach wie vor als Engländer und treue Untertanen des Königs empfanden, was in der Erklärung ebenfalls zum Ausdruck kommt.

5. Die Karikatur feiert das Ende des Stempelsteuergesetzes. Sie zeigt eine Beerdigungsprozession in einem Hafen. Im Hintergrund sind Lagerhäuser zu sehen. Eines von ihnen trägt den Schriftzug „Sheffield and Birmingham Warehouse Goods now ship'd for America“. Im Hintergrund sind ebenfalls drei zum Auslaufen bereitstehende Schiffe mit gesetzten Segeln zu sehen, die die Namen der drei Politiker Conway, Rockingham (Charles Watson-Wentworth Marquis von Rockingham, Premierminister 1765–1766) und Grafton tragen, die sich maßgeblich für die Aufhebung des Stempelsteuergesetzes engagiert haben. Am rechten Bildrand und vor den Lagerhäusern türmen sich die Waren, die nun wieder nach Amerika verschifft und exportiert werden können. Ein Kran verlädt eine Kiste auf einen Lastenkahn. Die Beschriftung verrät den Inhalt, nämlich eine Statue William Pitts (des Älteren), der sich ebenfalls gegen das Stempelsteuergesetz ausgesprochen hatte und 1766 bis 1768 als britischer Premierminister amtierte.

Die im Vordergrund sichtbare Prozession wird angeführt von William Scott, an dessen linkes Bein ein Hund uriniert und der sich für das Stempelsteuergesetz aussprach. Als erste der Trauergäste folgen ihm die Kronanwälte Alexander Wedderburn und Fletcher Norton, auf deren schwarzen Fahnen die jeweilige Anzahl der Abgeordneten steht, die im Unter- bzw. Oberhaus gegen die Abschaffung des Stempelsteuergesetzes gestimmt hatten (71 bzw. 122).

George Greenville (Premierminister 1763–1765) trägt den Kindersarg, der den Gesetzestext enthält. Ihm folgen John Stuart Graf von Bute (Premierminister 1762–1763), John Russell Herzog von Bedford, Richard Greenville Graf von Temple, George Montagu Dunk Graf von Halifax sowie John Montagu Graf von Sandwich, die maßgeblich an der Ausarbeitung und Verabschiedung des Stempelsteuergesetzes beteiligt waren. Hinten laufen zwei Pfarrer.

Die Prozession bewegt sich auf eine offene Gruft zu. Den Eingang zur Gruft, in der zuvor schon andere Untaten bzw. Missetäter der englischen Geschichte bestattet wurden, die die Rechte der freien Engländer beschnitten hatten oder beschneiden wollten, markieren zwei Totenköpfe. Auf den Skelettschädeln sind die Jahreszahlen 1715 und 1745 notiert. Sie weisen auf Aufstände von Unterstützern von König James hin, die nach der Glorreichen Revolution 1688/1689 weiterhin am Gottesgnadentum festhielten und die Souveränität des Parlaments ablehnten. Der Text am Eingang der Gruft lautet übersetzt: „In dieser Familiengruft liegen begraben und stehen hoffentlich nie wieder auf: der Star Chamber Court [ein königlicher Gerichtshof], die Schiffssteuer, die Außenhandelssteuer und alle Betrügereien unter Umgehung des Parlaments. Das Gesetz gegen die Häretiker, die Herdsteuer, außerordentliche Haftbefehle und was (sonst noch) geeignet war, die Gefühle der Engländer für ihr Land zu verfremden.“ [Übers.: Ernst Klett Verlag]

6. Krone und Parlament beharren weiterhin auf ihrem Recht, Gesetze für die Kolonien verabschieden zu können, koloniale Legislativen erkennen sie nicht an. Im Gegenteil, sie weisen die Kolonien erneut auf ihre Abhängigkeit bzw. die Kolonisten auf ihren Status als Untertanen Großbritanniens hin. Autonome Beschlüsse, Gesetze etc. der Kolonien, die der Anerkennung der britischen Entscheidungsbefugnis zuwiderlaufen, werden demzufolge ausdrücklich für unwirksam und aufgehoben erklärt.

Mit dieser Grundsatzerklärung verfolgte die britische Seite das Ziel, die Kolonien weiterhin der Souveränität von Krone und Parlament zu unterwerfen, indem die bisherige Rechtsposition erneut dargelegt und bekräftigt wurde.

7. Die Bostoner Händler und Kaufleute beklagen ihre finanzielle Situation, die einerseits den geringen Einnahmen (Misserfolge beim Fischfang) und andererseits der Begleichung von Schulden in Großbritannien sowie den hohen Zöllen auf Importwaren geschuldet ist. Sie sehen sich finanziell nicht mehr im Stande, sowohl Schulden als auch Importzölle zu bezahlen, weshalb sie Import von und Export nach Großbritannien fortan boykottieren.

Diese Selbstverpflichtung von Kaufleuten und Händlern zum Boykott erwies sich als so wirkungsvoll, dass das Parlament die Townshend-Gesetze mit Ausnahme des Zolls auf Tee bereits im April 1770 wieder aufhob.

Literatur- und Medienhinweise

- Pauline Maier, *From Resistance to Revolution. Colonial Radicals and the Development of American Opposition to Britain, 1765–1776*, London 1972.
- Edmund S. Morgan, Helen M. Morgan, *The Stamp Act Crisis. Prologue to Revolution*, Chapel Hill 1995.
- Hermann Wellenreuther, „The Wisdom to Secure the Entire Absolute and Immediate Dependency of the Colonies“. Überlegungen zum Verhältnis zwischen der Krone und den englischen Kolonien in Nordamerika, 1689 bis 1776, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): *200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung*, Göttingen 1976, S. 59–75.
- Hermann Wellenreuther, *Ausbildung und Neubildung. Die Geschichte Nordamerikas vom Ausgang des 17. Jahrhunderts bis zum Ausbruch der Amerikanischen Revolution 1775*, Münster u. a. 2001.

Die Eskalation in den 1770er Jahren (S. 46 – 51)

Fachlicher Hintergrund

„Boston Massaker“ im März 1770 und „Boston Tea Party“ im Dezember 1773 verschärften die Krise erneut und führten schließlich zu ihrer Eskalation. Großbritannien beantwortete die Vernichtung des Tees mit drakonischen Gegenmaßnahmen, die in den Kolonien für eine Solidarisierung sorgten und eine interkoloniale Widerstandsbewegung entstehen ließen. Nach den Gefechten zwischen britischen Truppen und amerikanischen Milizen bei Lexington und Concord im April 1775 stellte der im Mai desselben Jahres zusammengetretene Zweite Kontinentalkongress eine Armee auf und unterstellte sie dem Befehl George Washingtons. Gleichwohl deutete 1775 noch nichts auf eine endgültige Loslösung vom Mutterland hin. Der Kongress, der faktisch wie eine nationale Regierung agierte, setzte zunächst weiter auf Verhandlungen mit Großbritannien und zögerte den endgültigen Bruch hinaus, zumal die Öffentlichkeit über das weitere Vorgehen uneins war. Für einen Stimmungsumschwung zu Gunsten der Unabhängigkeitsbestrebungen sorgte schließlich Thomas Paine mit der Publikation seines Pamphlets „Common Sense“. Seine polemischen Angriffe auf König und Verfassung sorgten für die Popularisierung der republikanischen Idee.

Didaktische Überlegungen/Kompetenzziele

Mithilfe dieses Kapitels sind die Schülerinnen und Schüler in der Lage, die Eskalation des Konflikts in den 1770er Jahren bis hin zum Unabhängigkeitskrieg zu untersuchen und die Ursachen dafür zu erläutern. Methodisch legt das Kapitel einen weiteren Schwerpunkt auf Historiengemälde, mit deren Interpretation die Schülerinnen und Schüler vertraut gemacht werden.

Erläuterungen zu den Arbeitsaufträgen

Darstellungsteil:

1. Siehe oben zu S. 40, Aufgabe 1.

2.

- Verschärfung der britischen Maßnahmen (1773: neues Teegesetz, 1774: „Zwangsgesetze“) → neue Qualität der britischen Maßnahmen
- Amerikaner fühlen sich noch stärker bevormundet und reagieren empört mit Boykotten und Protesten (z.B. „Boston Tea Party“), was wiederum noch schärfere britische Gegenmaßnahmen zur Folge hat (z.B. Schließung des Bostoner Hafens als Teil der „Zwangsgesetze“)
- Gefecht von Lexington (1775) → militärische Eskalation
- Kommunikationsprobleme: unterschiedliche Einschätzung und Beurteilung der Lage von beiden Konfliktparteien (Perspektivität), Kompromissunfähigkeit, zunehmend gegenseitiges Unverständnis und Misstrauen
- allmähliche Solidarität und Kooperation der anderen Kolonien mit Massachusetts
→ Entstehung des Kontinentalkongresses → Boykotte und Proteste → Sicherheitskomitees → Politisierung der Kolonisten → Radikalisierung → neue Qualität und Quantität der amerikanischen Reaktionen

3. Am rechten Bildrand und ebenso in der Bildmitte im Hintergrund sieht man als Indianer verkleidete Kolonisten, die mit Tee gefüllte Holzkisten ins Bostoner Hafenbecken werfen. Dies geschieht unter jubelnder Zustimmung einer großen Menge gut gekleideter Bostoner Bürger am Kai, die links und in der Bildmitte im Vordergrund zu sehen sind. Auffällig ist die völlige Absenz britischer Vertreter auf der Lithografie, weder Kapitäne noch Besatzungsmitglieder oder gar Angehörige der im Hafen stationierten Militäradministration oder Steuerbehörden, die mit Waffengewalt hätten eingreifen können, sind zu sehen.

Curriers spätere Darstellung des Ereignisses erweist sich somit als affirmative Propaganda, die eine überwältigende Zustimmung der Kolonialbevölkerung zu dieser Aktion suggerieren soll. Dass es dem Künstler bei seinem Werk nicht an historischer Authentizität gelegen war, verdeutlichen auch zwei Eingriffe in die historischen Fakten, zum einen die Tageszeit des Ereignisses (vgl. S. 49 Q4), zum anderen die Anzahl der Handelsschiffe, von denen im Dezember 1773 drei in den Bostoner Hafen einliefen (vgl. S. 49 Q4 und Heideking, Mauch 6. Aufl. 2008, S. 31).

4. Die „Boston Tea Party“ wurde zu einer revolutionären Bildikone, weil sie einen einmaligen Akt von Ungehorsam und Widerstand darstellt. Anders als vorangegangene Boykotte und Proteste handelte es sich hier um eine spektakuläre und singuläre Aktion, die außerdem einen hohen Symbolgehalt hatte, der sich eingängig in bildliche Darstellung übersetzen ließ.

Materialteil:

1. Franklin argumentiert historisch, indem er behauptet, dass die Kolonien seit ihrer Gründung selbstständig gewesen seien und gegenwärtig ihrer Rechte beraubt würden. Seine Argumentation basiert sowohl auf den Freibriefen als auch auf Großbritanniens Verhalten in der Zeit der „wohlwollenden Vernachlässigung“. Um ein Fortbestehen der – aus seiner Sicht falschen – Ansprüche Großbritanniens zu verhindern, empfiehlt er den Verzicht auf sämtliche Formulierungen, die eine Unterordnung unter britisches Recht nahelegen.

2. Großbritannien hat bis dahin keine Steuern und Abgaben von den Kolonisten in Nordamerika erhoben, sondern die Kolonien lediglich durch Handelsgesetze an sich gebunden und allein dadurch enorm von ihnen profitiert. Burke empfiehlt, dies weiterhin so zu handhaben, und sieht in diesem Vorgehen ein Zeichen für politische Klugheit. Bei einem Verzicht auf die Rückkehr zu den alten Zuständen und der Fortsetzung des jüngst eingeschlagenen politischen Weges befürchtet er, dass die Kolonisten die Souveränität Großbritanniens zulasten ihrer Freiheit nicht länger akzeptieren werden und sich das Verhältnis von Mutterland und Kolonien so sehr verschlechtert, dass sich diese abspalten werden.

3. Adams charakterisiert die „Boston Tea Party“ als ein besonderes und großartiges Ereignis, das patriotisch, majestätisch sowie würdevoll gewesen sei und so viel Aufsehen erregt habe, dass man sich dessen erinnern werde. Ferner mutmaßt er, dass daraus weitere Konsequenzen resultieren werden. Er formuliert Hypothesen zur Reaktion der Briten auf diese Tat und spricht die Kolonisten zugleich von jeglicher Schuld an diesem Vorfall frei. Die Vernichtung des Tees war seiner Ansicht nach notwendig. Ein Import hätte die Akzeptanz des britischen Besteuerungsrechts bedeutet. Insofern lobt er die Teilnehmer der „Boston Tea Party“ ausdrücklich und bezeichnet sie als Patrioten, die mit ihrer Aktion ein kühnes, kompromissloses und entschlossenes Zeichen gesetzt hätten, weiter gegen die von Großbritannien verlangte Unterordnung, die Adams als Knechtschaft und Sklaverei bezeichnet, zu kämpfen.

4. Die Erklärung der Bürger Philadelphias stellt einen weiteren wichtigen Meilenstein hin zu kolonieübergreifender Kooperation dar. Die Bürger Philadelphias solidarisieren und verbünden sich mit der Bostoner Bevölkerung und sprechen von der „gemeinsamen Sache Amerika“. Zur Beseitigung der Missstände und Wiederherstellung ihrer Freiheiten und um die Eintracht mit dem Mutterland wiederherzustellen, fordern sie eine Versammlung von Vertretern aller Kolonien. Zu diesen Zwecken ermächtigen sie sich selbst zur Gründung eines Komitees, das mit den anderen „Schwesterkolonien“ kommuniziert und korrespondiert, um die kolonieübergreifende Versammlung in die Wege zu leiten und vorzubereiten.

5. Der Kontinentalkongress bezeichnet den bevorstehenden Kampf um die Selbstverwaltung der Kolonien als „gerechte Sache“ (vgl. Z. 1) und sieht nun den richtigen Zeitpunkt für die militärische Auseinandersetzung gekommen. Er bedauert ferner, vom Mutterland zu kriegerischen Handlungen gezwungen zu werden, und erklärt, die Bindung zum Mutterland (noch) nicht lösen zu wollen, sondern den ursprünglichen Zustand wiederherstellen und die Waffen niederlegen zu wollen, sobald Großbritannien sein Verhalten ändere und die Provokationen einstelle, sodass eine Versöhnung zwischen Mutterland und Kolonien stattfinden könne und ein Bürgerkrieg verhindert werde.

Die inhaltliche Ambivalenz des Textes, entweder die Knechtschaft durch das Mutterland zu akzeptieren oder den bewaffneten Widerstand zwecks Bewahrung der eigenen Freiheit zu wagen, schlägt sich auch sprachlich nieder: Einerseits herrscht ein sehr selbstbewusster Tonfall im Hinblick auf die eigene militärische Stärke vor, andererseits werden gegenüber dem „Aggressor“ Großbritannien, dessen Fehlverhalten klar benannt wird, milde Töne angeschlagen. Eine Versöhnung wird in Aussicht gestellt, wobei eigene Übergriffe und Eskalationen verschwiegen werden, sodass die Kolonien sich als Opfer präsentieren können (vgl. Z. 37–47). Eine vollständige Loslösung vom Mutterland scheint zu diesem Zeitpunkt noch undenkbar.

6. Georg III. betrachtet die Rebellion als illegitim und die Teilnahme daran als illoyales Verhalten, das die Untertanenpflicht verletze. Er erkennt jedoch auch an, dass es noch loyale Kolonisten gibt, die von den Rebellen und ihren Anführern, die er als Urheber des Konflikts ausmacht und als „gefährlich und übelwollend“ (Z. 5–6) bezeichnet, unterdrückt würden (Z. 2–21).

Desweiteren diskreditiert er den Kontinentalkongress, der seiner Ansicht nach eine „verräterische [...] Versammlung“ (Z. 25–26) ist, und ruft Beamte, Soldaten sowie alle loyalen Untertanen zum Widerstand gegen die Rebellion und zur Denunziation von Rebellen bei den entsprechenden staatlichen Stellen auf, damit die Aufrührer ihre gerechte Strafe erhalten (Z. 44–79).

Indem Georg III. die Amerikaner zu Rebellen erklärt, ist eine neue Eskalationsstufe erreicht. Eine Versöhnung, wie sie der Kontinentalkongress noch Anfang Juli vorgeschlagen hat – die Erklärung befindet sich noch auf dem Weg nach London, als die „Rebellenproklamation“ in Amerika eintrifft – erscheint unter diesen Bedingungen extrem unwahrscheinlich; vielmehr droht eine militärische Konfrontation in Form eines Krieges bzw. Bürgerkrieges, die beide Seiten bereits in ihren Erklärungen erwähnen.

7.

- König und Parlament (Oberhaus und Unterhaus) werden nun gemeinsam als Übeltäter genannt; bislang war der König davon ausgenommen, nur dem Parlament und den Ministern wurden bisher Fehlverhalten vorgeworfen (Z. 1–4); nun wird König und Parlament vorgeworfen, nach der Vernichtung der Kolonisten zu trachten (vgl. Z. 12–16);
- die britische Seite bearbeitet bzw. beantwortet Eingaben und Petitionen der Kolonisten nicht mehr (Z. 7–11);
- in den Kolonien sollen, soweit nicht bereits geschehen, Vorbereitungen zur endgültigen Loslösung von Großbritannien getroffen werden (Z. 16–42).

8. Die Entschließung des Kontinentalkongresses stellt die Reaktion auf die „Rebellen-Proklamation“ Georgs III. dar. Nach deren Bekanntmachung widerrief der Kongress mit dieser Entschließung zugleich die in früheren Erklärungen dargelegten Positionen der Aussöhnung und des Verbleibs im kolonialen Empire-Verband.

Frustriert über das Scheitern des Verhandlungsweges bereitete der Kongress nun die endgültige Trennung vom Mutterland sowie die militärische Konfrontation vor.

9. Walcutts Historiengemälde zeigt den Sturz des Reiterstandbildes Georgs III. am 9. Juli 1776, das bis dahin auf einer kleinen Grünfläche namens Bowling Green in New York gestanden hat.

In der Bildmitte ist das herabstürzende Reiterstandbild zu sehen, das von Männern, die auf der einen Seite an zwei Seilen ziehen, heruntergerissen wird. Auf der anderen Seite drücken Männer mit Stöcken die Bodenplatte vom Sockel.

Rings um das eingezäunte Denkmalsareal steht eine große Menge an Männern, Frauen und Kindern. Die Stimmung ist ausgelassen und euphorisch. Man feuert die Denkmalsstürzer an, jubelt ihnen zu und freut sich auf den baldigen Fall des Reiterstandbilds.

10. Auch auf Oertels Gemälde des gleichen Ereignisses ist zu sehen, wie eine erregte Volksmenge das Reiterstandbild des Königs stürzt. Während sich Walcutts Szene aber bei Tageslicht abspielt, verlegt Oertel sie in die Dämmerung. Nicht nur die Tageszeit lässt das Bild düsterer und bedrohlicher wirken, auch die Fackel rechts im Bild sowie Feuer und aufsteigende Rauchwolken in der linken Bildhälfte suggerieren eine martialische Dimension des Ereignisses. Anders als bei Walcutt schaut das Publikum, das ebenfalls aus Männern, Frauen und Kindern besteht, den mit Seilen und Stangen ausgerüsteten Denkmalsstürzern nicht euphorisch-bewegt zu, sondern betrachtet das Ereignis ruhig und gelassen. Im Hintergrund ist nur ein großes Gebäude sichtbar.

Um die nationale Bedeutung des Ereignisses zu betonen bzw. eine nationalintegrative Funktion zu suggerieren, stellt Oertel auf seinem Gemälde links im Vordergrund noch eine Indianerfamilie (Vater, Mutter mit Baby auf dem Arm sowie ein Kind) dar. Diese blicken wohlwollend auf die Denkmalsstürzer und haben dem König den Rücken zugekehrt.

Literatur- und Medienhinweise

- Benjamin L. Carp, *Defiance of the Patriots. The Boston Tea Party and the Making of America*, New Haven 2010.
- Arthur S. Marks, *The Statue of King George III in New York and the Iconology of Regicide*, in: *The American Art Journal* 13.3 (1981), S. 61–82.
- Bob Ruppert, *The Statue of George III*, online verfügbar unter: <https://allthingsliberty.com/2014/09/the-statue-of-george-iii/> (Zugriff: 07.01.2019)
- Hermann Wellenreuther, „The Wisdom to Secure the Entire Absolute and Immediate Dependency of the Colonies“. Überlegungen zum Verhältnis zwischen der Krone und den englischen Kolonien in Nordamerika, 1689 bis 1776, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung*, Göttingen 1976, S. 59–75.

Unabhängigkeitskrieg und Unabhängigkeitserklärung (S. 52 – 59)

Fachlicher Hintergrund

Der Kongress verabschiedete am 4. Juli 1776 die maßgeblich von Thomas Jefferson verfasste Unabhängigkeitserklärung. Die bisherigen Kolonien, die sich nun Vereinigte Staaten von Amerika nannten, erkämpften sich ihre Freiheit in einem acht-jährigen Krieg (1775–1783). Nach anfänglichen Rückschlägen gelang den Amerikanern 1777 in der Schlacht von Saratoga erstmals ein entscheidender Sieg über eine britische Armee. Ein weiterer Wendepunkt war der Kriegseintritt Frankreichs, Spaniens und der Niederlande auf Seiten der USA, sodass sich der Konflikt internationalisierte. Die Einkreisung und anschließende Kapitulation einer weiteren britischen Armee unter dem Kommando von General Lord Cornwallis bei Yorktown im Oktober 1781 führte schließlich dazu, dass das kriegsmüde Großbritannien Friedensverhandlungen aufnahm und die Unabhängigkeit der Kolonien im Frieden von Paris im September 1783 anerkannte. Zusammen mit den britischen Soldaten verließen auch mehrere Zehntausend Loyalisten, die königstreu waren und die Unabhängigkeit ablehnten, das Land.

Didaktische Überlegungen/Kompetenzziele

Die Schülerinnen und Schüler sind nach der Bearbeitung des Kapitels in der Lage, den Verlauf des Unabhängigkeitskrieges zu skizzieren sowie die Chancen der Kriegsparteien zu analysieren. Ebenso können sie die soziale Dimension des Krieges erläutern, die sich im Konflikt zwischen „Rebellen“ und „Loyalisten“ manifestiert.

Erläuterungen zu den Arbeitsaufträgen

Darstellungsteil:

1. Amerikanische Mobilmachung erfolgt nach dem Gefecht von Lexington Ende April 1775, der Verteidigungszustand wird durch den Kolonialkongress im Mai 1775 ausgerufen. Amerikanische Versuche, kanadische Kolonien ebenfalls gegen Großbritannien zu mobilisieren, scheitern. Die Kontinentalarmee unter dem Oberbefehl George Washingtons bestand größtenteils aus schlecht ausgerüsteten Zivilisten (Farmern) ohne militärische Erfahrung. Die Kontinentalarmee wird mit Ausrüstung, Waffen und Truppen durch Frankreich, Spanien und die Niederlande (Gegner oder Konkurrenten Großbritanniens) unterstützt. Zunächst gibt es Erfolge der Amerikaner, dann zunehmend Vorstöße britischer Truppen; auf beiden Seiten bestehen Probleme aufgrund der schlechten Versorgungslage und der geringen Kampfmoral ihrer Truppen. Wende zugunsten der Amerikaner (1777; Kapitulation einer britischen Armee); Kapitulation bei Yorktown (1781), Großbritannien verzichtet auf die Fortsetzung des Krieges und erkennt im Frieden von Paris die Unabhängigkeit der USA an.

2. (siehe Tabelle)

	Großbritannien	USA
Chancen	<ul style="list-style-type: none">– großes professionelles Heer sowie Unterstützung durch Söldnerheer– Unterstützung durch amerikanische Loyalisten	<ul style="list-style-type: none">– Unterstützung durch Frankreich, Spanien und die Niederlande– Heimvorteil, Kampf auf eigenem Territorium, „Guerillakrieg“
Probleme	<ul style="list-style-type: none">– unbekanntes Territorium– logistische Probleme (Truppenversorgung, Kommunikation mit London über den Atlantik)– schlechte Versorgungslage der Truppe– geringe Kampfmoral der Söldnerheere, nur knappe Ressourcen an Truppen für Nordamerika– Größe des zu kontrollierenden Küstengebiets und Hinterlands	<ul style="list-style-type: none">– unerfahrene und schlecht ausgerüstete Soldaten– gespaltene Bevölkerung: Rebellen, Loyalisten, Unentschlossene– schlechte Versorgungslage der Armee wegen unzureichender Unterstützung durch die Einzelstaaten– geringe Kampfmoral vieler Kolonisten

Materialteil:

1. (siehe Tabelle unten)

2. Die europäischen Herrscher werden charakterisiert als böse, grausam, tyrannisch, blutdürstig, herrschsüchtig, geldgierig, ohne Bindung zu ihrem Volk, kriegerisch, „Feinde der Rechte der menschlichen Gesellschaft“ (Z. 36–37) und als Willkürherrscher.

3. Nach einer erfolgreichen Desertion bietet das Leben als Zivilist in den USA den ehemaligen Soldaten folgende Vorzüge: persönliche und politische Freiheit, Sicherheit, Landbesitz (Schenkungen von 20 ha Land), Rechtssicherheit, glückliches und selbstbestimmtes Leben, Anerkennung als Bürger der USA sowie Religionsfreiheit.

4. Paine befürwortet die amerikanische Unabhängigkeit; das Zerwürfnis mit Großbritannien sieht er als endgültig an, eine „Versöhnung“ (Z. 51–55) lehnt er ab. Er sieht im militärischen Konflikt mit dem Mutterland vielmehr die Möglichkeit, sich endgültig von diesem loszulösen und in Nordamerika eine „Zufluchtsstätte“ (Z. 45) für Europäer zu errichten, die in ihren Heimatländern sowohl politische Rechte als auch Religionsfreiheit vermissen.

Seine Visionen unterstützt er sprachlich mit pathetischen Appellen an die Leserschaft seiner Schrift, in mehreren Apostrophen wendet er sich direkt an seine imaginierten Leser (z. B. Z. 33–36, Z. 43–45) und fordert sie dazu auf, seine Ideen umzusetzen.

5. „Rationalis“ argumentiert, dass Paine in der Schrift „Common Sense“ nur die negativen Aspekte der britischen Herrschaft dargestellt habe und seine Schlussfolgerungen von dieser einseitigen Basis aus ziehe, diese also völlig unausgewogen und daher auch ungerechtfertigt seien.

Er befürwortet dagegen weiterhin eine Aussöhnung mit Großbritannien, beide Seiten sollen seiner Ansicht nach einvernehmliche Lösungen für die gegenwärtige Krise suchen und schließlich eine Verfassung für die Kolonien ausarbeiten. Erst wenn dieser letzte Lösungs- und Versöhnungsversuch scheitert, sei der Zeitpunkt für eine Loslösung vom Mutterland als Ultima Ratio gekommen; Freiheit und Unabhängigkeit müssen

ten dann notfalls mit Waffengewalt erkämpft werden, wenn die Gegenseite sich gerechten Lösungen verweigere.

6. Im Vordergrund bockt ein wohlgenährter Schimmel namens Amerika und versucht, seinen königlichen Herrn aus dem Sattel mit Hermelfelldecke zu werfen. Der gutgekleidete, mit Schärpe, Perücke und Orden versehene Reiter Georg III. kann die Kontrolle über sein Pferd nicht mehr wiedergewinnen. Die Zügel hat er bereits verloren, er sitzt nicht mehr fest im Sattel, sein rechter Fuß ist nicht mehr im Steigbügel und sein Oberkörper verdreht. Er ist im Begriff, vom Pferd zu stürzen. Auch seine Reitgerte, mit deren Hilfe er sein Pferd bislang in Zaum gehalten hat und an deren Ende zahlreiche Waffen wie Axt, Degen, Schwert und Ähnliches befestigt sind, ist ihm in dieser Situation keine Hilfe mehr. Sein flehentlich-verzweifelter Blick geht gen Himmel, den uniformierten Soldaten rechts im Hintergrund, der ein Banner mit 13 Sternen trägt, nimmt er nicht wahr.

Der unbekannte Karikaturist kritisiert mit seiner Zeichnung die unnachgiebige Amerikapolitik Georgs III. und sagt bereits 1779 den Ausgang des Unabhängigkeitskampfes voraus.

7. Z. 1–12: Einleitung, Notwendigkeit zur Begründung der Unabhängigkeit gegenüber der Weltöffentlichkeit, Bezug sowohl auf Naturrecht als auch göttliches Recht

Z. 13–32: Grundrechte des Menschen (wie Gleichheit, Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Glück) müssen von der jeweiligen Regierung bewahrt werden, die Regierung ist von der Zustimmung der Regierten abhängig; Regierungswechsel bei Missachtung der Grundrechte bzw. Widerstandsrecht gegen eine Regierung, die die Grundrechte missachtet

Z. 33–61: Regierungswechsel nur bei fortdauernder Missachtung der Grundrechte durch die bisherige Regierung

Z. 62–72: Vorwürfe gegen König, Regierung und Parlament von Großbritannien

Z. 73–99: Vergeblichkeit der amerikanischen Versuche, auf die Missstände hinzuweisen und ihre Beseitigung zu erwirken

Z. 100–115: Konsequenz: Unabhängigkeitserklärung von Großbritannien

Die maßgeblich von Thomas Jefferson verfasste Unabhängigkeitserklärung argumentiert, dass die nordamerikanischen Kolonien weder leichtfertig noch vorschnell die Unabhängigkeit

	britische Perspektive (Q1)	amerikanische Perspektive (Q2)
Ablauf und Beschreibung	Auf dem Weg zur Aushebung eines amerikanischen Waffen- und Munitionslagers bei Lexington eröffnen amerikanische Milizen unerwartet das Feuer. Die britischen Truppen erwidern es, bevor sie nach Concord weitermarschieren. Dort rücken weitere Milizen ein, ein britischer Soldat eröffnet daraufhin das Feuer, es kommt zu einem Gefecht, aus dem die Briten sich zurückziehen. Verwundete britische Soldaten werden misshandelt. Beim Rückzug der britischen Truppen greifen die Milizen diese weiter aus dem Hinterhalt an.	Zwecks Aushebung eines amerikanischen Waffen- und Munitionslagers bei Lexington nehmen britische Soldaten einige nächtliche Passanten bei Concord fest und misshandeln diese später. Auf die daraufhin eilig zusammengestellten Lexingtoner Milizen wird durch anrückende Briten sofort das Feuer eröffnet, bevor diese weiter nach Concord marschieren und dort ebenso handeln. Zahlreiche Milizionäre werden getötet oder verletzt, auch der Zivilbevölkerung wird erhebliches Leid zugefügt, indem die britischen Truppen beim Rückmarsch plündern und brandschatzen.
Deutung	geplanter, absichtlicher und hinterlistiger Angriff auf die britischen Truppen durch amerikanische Milizen	Rache Großbritanniens an der Kolonie Massachusetts wegen ihres aufständischen Verhaltens
Wortwahl	militärisch-sachlich	emotional
Adressat	General und Gouverneur Thomas Gage	Bevölkerung Großbritanniens
Zweck	Bericht an den Vorgesetzten	Beeinflussung der britischen Bevölkerung

von Großbritannien vollziehen, sondern dies wohlbegründet und wohlüberlegt tun, nachdem aus amerikanischer Perspektive die Grundrechte der Kolonisten von Regierung und Parlament Großbritanniens über einen langen Zeitraum hinweg missachtet und verletzt worden seien. Die große Duldsamkeit der Kolonisten sowie ihr bisheriger Großmut seien nun an ein Ende gelangt, da Großbritannien die wiederholten Bitten der Kolonisten auf Achtung und Anerkennung ihrer Rechte ignoriert, ja sogar stets härtere Maßnahmen gegen die Kolonisten durchgeführt habe. Deshalb sei die Trennung vom Mutterland nun unausweichlich. Die Argumentation Jeffersons bezieht sich sowohl auf göttliches Recht als auch auf Naturrecht. Bezüge zur Aufklärung werden in der Berufung auf allgemeine Menschenrechte sowie der daraus abgeleiteten Forderung nach Volkssouveränität sichtbar.

8. Beschreiben

- Zentralperspektivischer Blick in einen Saal hinein, die Fenster an den Seitenwänden rechts und links sind mit schweren roten Vorhängen verschlossen, an der Rückwand befinden sich rechts und links jeweils eine Holztür, in der Mitte dominieren Trophäen aus dem Unabhängigkeitskrieg (britische Fahnen, Trompeten, Trommel) die Wand.
- Ein diagonaler Lichtstrahl von links unten nach rechts oben erhellt die Szenerie und teilt das Ereignisbild in zwei Hälften.
- Im Vordergrund sitzt rechts ein Mann auf einem Podest in einem Armlehnstuhl an einem Tisch, der mit Papieren, Büchern und Schreibutensilien bedeckt ist; davor stehen fünf Männer, die dem Sitzenden ein Schriftstück überreichen.
- Der übrige Raum ist mit über 40 weiteren Männern – teils sitzend, teils stehend – gefüllt.
- Die Männer tragen bürgerlich-formelle Kleidung (Kniebundhose, Frack, Weste), einige auch Perücke.

Untersuchen

- Maler: John Trumbull
- Entstehung: USA, 1787–1795
- Das Bild zeigt zum einen die Kongressmitglieder im Bildhintergrund, zum anderen die Übergabe des Entwurfs der Unabhängigkeitserklärung an den Kongressvorsitzenden John Hancock (1737–1793) durch den sogenannten Fünfer-Ausschuss, der die Unabhängigkeitserklärung verfasste und dem John Adams, Roger Sherman, Robert R. Livingston, Thomas Jefferson, Benjamin Franklin angehörten.
- Der Vorsitzende des Fünfer-Ausschusses und maßgebliche Verfasser der Unabhängigkeitserklärung, Thomas Jefferson, tritt auch farblich hervor (dunkelblauer Frack mit goldenen Knöpfen, rote Weste).

Deuten

- Trumbulls Historiengemälde illustriert einen bedeutenden Moment während des Unabhängigkeitskampfes, nämlich die „Geburt“ der USA, die sich in der Unterzeichnung der Unabhängigkeitserklärung am 4. Juli 1776 manifestiert.
- Die Übergabe als entscheidendes Ereignis wird farblich durch den dominanten Kontrast der Farben Rot (Vorhänge), Grün (Tischtuch und Teppichboden) und Schwarz (Kleidung) hervorgehoben, wohingegen der andere Teil des Bildes in gedämpft-matten Farben gehalten ist.
- Die Anwesenheit der vielen Delegierten betont das (staats-)bürgerliche Verantwortungsbewusstsein für das politische Geschehen.

Funktion von Historiengemälden:

- in der Regel nur geringer Wert als historische Quelle der dargestellten Ereignisse und Personen, weil oftmals (sehr) viel später entstanden
- nachträgliche Bestätigung und Erhöhung bzw. Umdeutung eines Ereignisses zu dem zentralen historischen Akt
- Tendenz zur Idealisierung der Vergangenheit und Konstruktion einer Vergangenheit, die so nicht stattgefunden hat („Propaganda“)
- Legitimation der Gegenwart
- Legitimation von Herrschaftsvorstellungen
- kollektive Sinnstiftung durch Historisierung von Ereignissen und Zuschreibung von Bedeutungen

9. Zusammenhang von Religion und Freiheit:

- Obama verknüpft Gottesglaube/Religion und ein säkulares Freiheitsversprechen miteinander.
- Freiheit ist laut Obama (ebenso wie Gleichheit und das Streben nach Glück) ein „gottgegebenes Versprechen“ (Z. 20–21) und kein Naturrecht; dadurch verschiebt sich allerdings auch die Verantwortung für die Realisierung dieser Freiheit vom Individuum bzw. den politisch Verantwortlichen hin zu Gott und entlastet somit die weltliche Sphäre davon; sie kann dafür nicht mehr verantwortlich gemacht werden.

Stellungnahme:

In der Stellungnahme sollte deutlich werden, dass sich Obama zwar einerseits auf die Unabhängigkeitserklärung bezieht, er andererseits diese aber auch noch akzentuiert bzw. laut Werk sogar neu interpretiert, indem er Freiheit nicht als Naturrecht, sondern als „gottgegebenes Versprechen“ (Z. 20–21) ansieht. Die Vermischung von weltlicher und religiöser Sphäre ist eine Besonderheit, da seit 1791 Staat und Kirche in den USA strikt voneinander getrennt sind. Weder die Bundesverfassung hat eine Gottesanrufungsklausel (anders als noch die Unabhängigkeitserklärung) noch gehörte die Formel „So wahr mir Gott helfe“ nach dem Amtseid zum Erbe der Gründerväter; der Gottesbezug als transzendente Rückversicherung wurde erst 1881 als Option eingeführt.

Obamas Verquickung von Religion und Politik kann daher sowohl als ein Rückfall hinter die revolutionären Errungenschaften der Emanzipationsepoche als auch als ein taktisch geschickter Schachzug interpretiert werden, mit dem der neu gewählte Präsident zum einen konservative Wähler anspricht und zum anderen die nach seiner Wahl gesplante Nation unter einem Gottesbezug zu einen versucht.

Literatur- und Medienhinweise

- Jeremy Black, War for America. The Fight for Independence, 1775–1783, Stroud 2001.
- Marion Breunig, Die Amerikanische Revolution als Bürgerkrieg, Münster 1998.
- Stephen Conway, A Short History of the American Revolutionary War, London 2013.
- Stephan Huck, Soldaten gegen Nordamerika. Lebenswelten Braunschweiger Subsidiärtruppen im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, München 2011.
- Manfred Jonas, Die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten, Hannover 1964.

Vom Staatenbund zum Bundesstaat – Die Verfassung der USA (S. 60 – 65)

Fachlicher Hintergrund

Nach der Unabhängigkeitserklärung hatten die souveränen Einzelstaaten jeweils eigene Verfassungen verabschiedet und sich zu einer Konföderation zusammengeschlossen. Eine Wirtschaftskrise machte ab 1783 jedoch die Handlungsunfähigkeit der Konföderation deutlich, denn der Kongress hatte kaum Befugnisse und die Einzelstaaten konnten unliebsame Pläne blockieren. Führende Politiker sprachen sich für eine Reform der 1777 beschlossenen Konföderationsverfassung aus. Im Mai 1787 trat zu diesem Zweck ein Konvent in Philadelphia zusammen und arbeitete eine neue Bundesverfassung aus. Sie stärkte die Bundesebene, indem sie es zum einen der Bundesregierung ermöglichte, eigene Steuern und Zölle zu erheben, und zum anderen das Bundesrecht über das der Einzelstaaten stellte. Neben einer starken Exekutive, deren Oberhaupt ein gewählter Präsident war, sah die neue Verfassung eine Legislative mit zwei Kammern (Repräsentantenhaus und Senat) sowie eine unabhängige Justiz vor. Diese Verfassung mit ihrer funktionalen Gewaltenverschränkung ist bis heute in Kraft. Sie wurde 1788 nach breiten öffentlichen Debatten von der Mehrheit der Einzelstaaten ratifiziert und trat sodann in Kraft. Im Februar 1789 wurde George Washington zum ersten Präsidenten der USA gewählt.

Didaktische Überlegungen/Kompetenzziele

Die Schülerinnen und Schüler können mithilfe dieses Kapitels die politischen Probleme der USA im ersten Jahrzehnt ihrer Existenz benennen, die daraus resultierenden Konsequenzen bei der Ausgestaltung der Verfassung erläutern und in einem Sachurteil die Qualität der Verfassung beurteilen. Des Weiteren können sie die Bedeutung des Gründervaters George Washington überprüfen und erörtern.

Erläuterungen zu den Arbeitsaufträgen

Darstellungsteil:

1. Der Zusammenschluss als Konföderation setzte die bisherigen Erfahrungen der ehemaligen Kolonien fort, deren Verbundenheit miteinander stets locker war, weshalb sie auch bei der neu geschaffenen Konföderation darauf bedacht waren, den Einzelstaaten und ihren Interessen genügend Spielraum zu lassen. Diese Ausgestaltung des Bündnisses und vor allem der vereinbarte Abstimmungsmodus erwiesen sich schnell als unpraktikabel, da eine qualifizierte Minderheit der Einzelstaaten ihnen unliebsame Maßnahmen blockieren konnten. Die Weisungsgebundenheit der Kongressabgeordneten und die damit verbundene, notwendige Rücksprache mit dem entsendenden Parlament verzögerte politische Entscheidungen auf überstaatlicher Ebene, wobei der Konföderationskongress ohnehin nicht über eine Gesetzgebungskompetenz verfügte, sondern nur Resolutionen verabschieden konnte, deren Umsetzung im Ermessen der Einzelstaaten lag. Auch in finanzieller Hinsicht war die Bundesebene machtlos: Sie durfte für Gemeinschaftsaufgaben nämlich keine eigenen Steuern und Zölle erheben, sondern war von den Beiträgen abhängig, die die Einzelstaaten ihr zuwiesen.

Die erheblichen Einschränkungen der Zentralgewalt stellen die wesentliche Lehre dar, die man aus der Auseinandersetzung mit Großbritannien gezogen hatte. Die Einzelstaaten wollten einen Machtmissbrauch unbedingt vermeiden. Als es nach dem Frieden von Paris 1783 zu einer ernsthaften Krise kam, wurde aber auch erstmals die Schwäche der Konföderation sichtbar, die quasi handlungsunfähig war. Seitdem arbeitete man an der Reform der Konföderation.

2. Die Wahlberechtigten, deren Zusammensetzung sich seit 1789 immer wieder verändert und vergrößert hat, wählen für zwei Jahre die Abgeordneten des Repräsentantenhauses und für sechs Jahre die Senatoren des jeweiligen Bundesstaates. Außerdem wählen sie alle vier Jahre die Wahlmänner, die dann wiederum den Präsidenten wählen.

Die Legislative namens Kongress besteht aus zwei Häusern: zum einen dem Repräsentantenhaus mit 435 Abgeordneten, zum anderen dem Senat mit 100 Senatoren.

Der Senat bestätigt die Ernennung oberster Bundesrichter, oberster Bundesbeamter und der Staatssekretäre. Beide Häuser kontrollieren den Präsidenten und sind im Falle schwerer Vergehen für dessen Amtsenthebung zuständig.

Der Präsident steht der Exekutive vor, er ist Regierungschef und Staatsoberhaupt zugleich. Er ernennt oberste Bundesrichter, Richter der Bundesgerichte, oberste Bundesbeamte und Staatssekretäre. Er ist außerdem Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Des Weiteren verfügt er über ein suspensives Vetorecht im Hinblick auf die Gesetzgebung.

Der Oberste Gerichtshof kontrolliert den Präsidenten verfassungsrechtlich und überwacht auch die Gesetzgebung.

3. Der Präsident steht der Exekutive vor, er ist Regierungschef und Staatsoberhaupt zugleich. Er ernennt oberste Bundesrichter, Richter der Bundesgerichte, oberste Bundesbeamte und Staatssekretäre. Er ist außerdem Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Des Weiteren verfügt er über ein suspensives Vetorecht im Hinblick auf die Gesetzgebung. Seine Machtfülle wird allerdings dadurch eingegrenzt, dass seine Entscheidungen die Zustimmung der Legislative benötigen. So bedürfen z. B. seine Ernennungen der Bestätigung durch den Senat, völkerrechtliche Verträge mit fremden Staaten müssen dort ebenfalls gebilligt werden.

Trotz seines Status als Oberbefehlshaber steht dem Präsidenten nur das Recht zu, Truppen zu entsenden; eine Kriegserklärung gegenüber fremden Staaten hingegen muss der Kongress mit einer Zweidrittelmehrheit beider Häuser verabschieden. Der Kongress verfügt auch über die Finanzhoheit über die Streitkräfte.

4. Beschreiben

- Im Zentrum des Gemäldes steht der erste US-Präsident George Washington; sein rechter Arm ist ausgestreckt (Rednergeste), in der linken Hand hält er ein Zierschwert, er steht direkt auf einem mit Teppich ausgelegten Fußboden.
- Er trägt bürgerlich-elegante, aber nicht extravagante Kleidung.

- Rechts im Hintergrund ist ein Prunksessel zu sehen, hinten sieht man Säulen (Zeichen für politische Stabilität) und am linken Bildrand ist ein Schreibtisch zu erkennen.

Untersuchen

- Maler Gilbert Stuart
- Entstehung: USA, 1796
- Es handelt sich um ein Personenbild, das den ersten US-Präsidenten George Washington bei seiner Arbeit als Staatsmann darstellt, der persönlich regiert und die neue Verfassungsordnung aufrecht erhält.
- Trotz seines Status als Staatsoberhaupt bzw. Regierungschef und ehemaliger Oberbefehlshaber der Kontinentalarmee wird Washington betont bürgerlich dargestellt, er ist „erster Bürger“ des Staates, dem er vorsteht, und lediglich Primus inter pares; denn der fiktive Raum, in dem er sich aufhält, ist offen und hell gestaltet, Washingtons Gestik suggeriert, dass er das Publikum bzw. den Betrachter rhetorisch-argumentativ überzeugen will; lediglich das Zierschwert und zwei Bücher unter dem Tisch mit den Titeln „American Revolution“ und „General Orders“ weisen auf seine militärische Vergangenheit hin.

Deuten

- Trotz auffälliger Anleihen in der monarchisch-aristokratischen Ikonographietradition (siehe Aufgabe 5) wird George Washington als „erster Bürger“ des neuen US-amerikanischen Staates dargestellt.
- (Staats-)Bürgerliche Symbole dominieren das Bild eines moralisch integren, respektablen, fleißigen und fähigen Mannes, der aufgrund seiner Bildung, seiner Leistungen, seiner Tugend und Moral eine herausgehobene Stellung in seinem Gemeinwesen einnimmt und diese mit Autorität und Würde ausfüllt.
- Sein Schreibtisch mit Büchern, Tintenfass und Feder legt eine rege und eifrige Arbeitstätigkeit sowie Verfassungstreue nahe, denn die Bücher wirken benutzt und haben Titel wie z.B. „Constitution & Laws of the United States“ oder „The Journal of Congress“.
- Seine „moralischen Qualitäten“ spiegeln sich in Washingtons ebenmäßig und symmetrisch gestalteten Gesicht wider (in Wirklichkeit war sein Antlitz sehr viel grobschlächtiger), die zeittypische physiognomische Theorie sah nämlich in einem schönen Gesicht das Spiegelbild einer „schönen Seele“, was wiederum auf einen tadellosen Charakter schließen lässt, der sich idealtypisch für das Gemeinwesen engagiert und seine privaten Interessen hintanstellt.

5. Auffällig ist die große Anzahl an Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen, mit denen politische Herrschaft hier dargestellt wird. Wie Washington steht Georg III. im Zentrum des gleichfalls monumentalen und beinahe identisch großen Ölgemäldes. Sein Körper ist frontal zu sehen, selbstbewusst stemmt er den rechten Arm in die Hüfte, mit der linken Hand stützt er sich auf einen Tisch. Er trägt weiße Kniestrümpfe und ebenfalls Absatzschuhe, seine Fußhaltung ist der sogenannte „Tanzmeisterschritt“ und gilt als Zeichen für Eleganz und Lebensart. Außerdem trägt er prachtvolle, goldene Kleidung – hierin liegt der größte Unterschied zu Washingtons schlichtem schwarzen Anzug – sowie einen langen Mantel, der innen mit Hermelinpelz gefüttert ist. An seiner linken Hüfte trägt er ebenfalls ein Zierschwert, das ihn als militärischen Oberbefehlshaber ausweist. Anders als Washington steht Georg III. erhöht auf ei-

nem Podest, was seinen monarchischen Rang betont. Auf dem Tisch am rechten Bildrand liegt ein Kissen mit einer Krone, einem weiteren königlichen Herrschaftsinsignium. Beiden Herrscherporträts gemeinsam ist die Existenz einer Säule im Hintergrund, sie ist ein Symbol für politische Stabilität.

Erinnert die Darstellung Georgs III. an Hyacinthe Rigauds Herrscherbild von Ludwig XIV., so lässt sich Stuarts Porträt von George Washington als dessen demokratisch-profane Version beschreiben.

6. Im Hinblick auf Washingtons Repräsentationsformen ist der These zuzustimmen. Seine Machtstellung kam ebenfalls der eines Königs nahe, auch wenn sie durch eine der Volkssouveränität und der Gewaltenteilung verpflichtete Verfassung eingeschränkt war. Des Weiteren war er wohl auch eine charismatische und machtbewusste Person, die ihre Position als Vorsitzender des Verfassungskonvents, ihre militärischen Erfolge während des Unabhängigkeitskrieges sowie ihre daraus resultierende Popularität geschickt in politisches Kapital zu verwandeln wusste. Gleichwohl stellt die Einführung des Präsidialsystems einen geschichtlich beispiellosen Vorgang dar, für den es weder zeremoniell noch inhaltlich Vorbilder gab. Deshalb experimentierten die Gründerväter mit ihnen bekannten Formen und passten sie ihren Gegebenheiten an. Washington selbst agierte also als Präzedenzfall und war sich dieser Situation sehr bewusst. Er inszenierte sich in seiner Selbstdarstellung als bescheidenen und selbstlosen Republikaner und handelte demokratisch im Rahmen der konstitutionellen Vorgaben. Die bis heute gültige Regelung einer maximal achtjährigen Amtszeit eines US-Präsidenten geht ebenfalls auf Washington zurück. In dieser Hinsicht kann ihm kein monarchisches Machtstreben attestiert werden (vgl. dazu Depkat 2008, S. 741–742).

7. Die amerikanische Verfassung realisierte das Prinzip der Gewaltenteilung, indem sie drei voneinander unabhängige Teilgewalten etablierte: den Kongress als Legislative, den Präsidenten als Spitze der Exekutive und die Judikative mit unabhängigen Gerichten.

Um ein Übergewicht einer Teilgewalt zu verhindern und alle drei im Gleichgewicht zu halten, bekamen sie jeweils weitreichende Befugnisse und kontrollierten sich gegenseitig.

Die Historiker Jürgen Heideking und Christof Mauch attestieren den Verfassungsvätern deshalb, ein komplexes und funktionales System der Gewaltenverschränkung und wechselseitigen Gewaltenkontrolle geschaffen zu haben, das Montesquieus Idealvorstellungen folgte (vgl. Heideking/Mauch 2008, S. 60–61).

8. Die Verfassung greift die zentralen Grundsätze der Unabhängigkeitserklärung auf. Sie gewährt die natürlichen Rechte wie Freiheit, (Rechts-)Sicherheit oder das Streben nach Glück. Die demokratisch-republikanische Staatsform (Wahlen, Verzicht auf einen Monarchen) garantiert die Volkssouveränität ebenso, wie sie die Legitimation der Regierung an die durch Wahlen erteilte Zustimmung der Regierten rückbindet und auf diese Weise eine Tyrannei verhindert.

Einzig der zentrale Satz der Erklärung, dass „alle Menschen gleich geschaffen sind“ (S. 58, Q 7, Z. 14–15) galt zunächst nur für einen kleinen, nämlich weißen und wohlhabenden Teil der Bevölkerung. Den Besitzlosen, der indigenen Bevölkerung, den Schwarzen (meist ehemaligen Sklaven) sowie den Frauen

wurden erst im Laufe der folgenden 150 bis fast 200 Jahre die gleichen Rechte zugestanden. Die Zeitgenossen nahmen zwar bereits die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit wahr, doch die gefundene Lösung entsprach der damaligen Mentalität und war zeittypisch. Trotz dieser Einschränkung im Hinblick auf die Einlösung des Gleichheitsversprechens war die US-Verfassung ein wichtiger Meilenstein bei der Verwirklichung aufklärerischen Gedankenguts.

Materialteil:

1. Das Prinzip der „checks and balances“ bedeutet, dass alle drei voneinander unabhängigen Teilgewalten (Exekutive, Legislative, Judikative) sich gegenseitig kontrollieren und sich dadurch ausbalancieren, ohne dass eine Teilgewalt die anderen dominiert. Damit setzten die USA erstmals Montesquieus Theorie der Gewaltenteilung in die Verfassungswirklichkeit um. Trotz Gewaltenteilung und institutioneller Unabhängigkeit sind alle drei Teilgewalten auch aufeinander bezogen und miteinander verbunden. Deutlich wird dies z. B. an der Ernennung oberster Bundesrichter. Der Präsident verfügt über das Vorschlagsrecht, der Senat muss dann die Ernennung bestätigen. Die obersten Richter wiederum überwachen die Gesetzgebung des Kongresses.

2. Das Quellenarrangement ist multiperspektivisch zusammengestellt, sodass die Stellungnahmen der Schülerinnen und Schüler unterschiedlich ausfallen können. Folgende Argumente können angeführt und thematisiert werden:

Volkssouveränität:

- gelebte und ungehinderte Volkssouveränität in den USA, sie wird in Sitten und Gesetzen deutlich (Q4, Z. 1–16)
- auch in der Bevölkerung – bei Wählern wie bei Mandatsträgern – existiert ein Bewusstsein für die eigene Selbstverwaltung (Q4, Z. 17–38)
- (rechtliche) Gleichheit der Einwohner der USA (Q4, Z. 39–44)
- die Bevölkerung weiß um die Bedeutung der Volkssouveränität für ihr Wohlergehen und verteidigt dieses Prinzip (Q6, Z. 1–13)

Bevorzugung Begüterter:

- in der politischen Praxis existiert keine Gleichheit aller Menschen, da die Zustimmung aller einzuholen unmöglich ist und Mehrheitsentscheidungen pragmatisch getroffen werden müssen (Q5, Z. 1–21), wozu auch das Wahlrecht dient (Q5, Z. 47–56)
- nur Besitzende können sich ein eigenes, unabhängiges Urteil bilden, Besitzlose können das nicht, weshalb man ihnen kein Wahlrecht zugestehen sollte (Q5, Z. 22–47, 56–59)
- würde man das Wahlrecht ausdehnen, dann würden auch besitzlose erwachsene Männer, Frauen, ja sogar Heranwachsende Mitspracherechte verlangen (Q5, Z. 60–73)
- Volkssouveränität war ein Zugeständnis an ärmere Bevölkerungsschichten während „jenen stürmischen Zeiten“ (Q6, Z. 13–14) der Loslösung von Großbritannien und der damit verbundenen politischen Reorganisation in den Vereinigten Staaten in den 1770er und frühen 1780er Jahren (Q6, Z. 13–17)
- die begüterte Führungselite verfolgt ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen; ihr ist die Volkssouveränität ein Dorn im Auge, da diese sie an der Umsetzung ihrer Interessen hindert (Q6, Z. 18–43)

Wichtig ist die unterschiedliche Qualität der Argumente und die in ihnen thematisierten Aspekte herauszuarbeiten: Q4 lobt preist aus philosophischer Perspektive die bloße Existenz von Volkssouveränität ohne Begründung, Q6 sieht aus einer politischen Macht- und Herrschaftsperspektive heraus Volkssouveränität als ein Bollwerk gegen die Dominanz einer besitzenden Führungssicht an und weniger als erfolgreiche ideengeschichtliche Realisierung theoretischer Philosophie. In Q5 verbinden sich die Prinzipien pragmatischer Durchführbarkeit und Handhabbarkeit (Anzahl der Wahlberechtigten, Abstimmungsmodus) mit der Idee sozialer Adäquanz (Sichtbarkeit von Statusunterschieden, Korrespondenz von ökonomischem und politischem „Wert“ des Individuums).

Ebenfalls wichtig zu betonen ist die Multiperspektivität der Quellen, die die Umsetzung von Volkssouveränität in der Verfassung der USA ganz unterschiedlich bewerten. Auf Ebene von Darstellungen ließe sich dies noch mittels kontroverser Historikerpositionen weiter ausschärfen (z. B. Charles A. Beard, Eine ökonomische Interpretation der amerikanischen Verfassung, Frankfurt am Main 1974, S. 382–383, und Heideking/Mauch 2008, S. 33 und 65–66). Die Schülerinnen und Schüler rekapitulieren anhand der Materialien die ökonomischen Motive bei der Loslösung vom Mutterland und lassen diese in ihre Stellungnahmen einfließen.

Literatur- und Medienhinweise

- Richard Beeman, Plain, Honest Men. The Making of the American Constitution, New York 2010.
- Volker Depkat, Die Erfindung der republikanischen Präsidentschaft im Zeichen des Geschichtsbruchs. George Washington und die Ausformung eines demokratischen Herrscherbildes, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 56 (2008), S. 728–742.
- Volker Depkat, Von Georg II. zu George Washington: Überlegungen zur Visualisierung von Legitimität im Übergang von Monarchie zu Demokratie, in: Arnd Reitemeier (Hrsg.), Kommunikation und Kulturtransfer im Zeitalter der Personalunion zwischen Großbritannien und Hannover, Göttingen 2014, S. 57–78.
- Bardo Fassbender (Hrsg.), Quellen zur Geschichte der Menschenrechte. Von der Amerikanischen Revolution zu den Vereinten Nationen, Stuttgart 2014.
- Heide Gerstenberger, Revolution und Staatsgründung, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), 200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung, Göttingen 1976, S. 38–58.
- Lars Hunze, Bedeutung und Verwirklichung der Staatlichkeit der Gliedstaaten in Deutschland und den USA, in: Greifswalder Halbjahresschrift für Rechtswissenschaft, Heft 16 (2013), S. 98–106.
- Gordon S. Wood, The Creation of the American Republic, 1776–1787, Chapel Hill 2. Aufl. 1993.
- Henry Wiencek, An Imperfect God. George Washington, his Slaves and the Creation of America, London 2005.

Die US-amerikanische Revolution in der Geschichtskultur (S. 66–71)

Fachlicher Hintergrund

Die Revolutionsära war seit ihrem erfolgreichen Ende ein zentrales Element der amerikanischen Geschichts- und Erinnerungskultur. Bereits im 19. Jahrhundert setzte ein Kult um die revolutionäre Frühzeit ein, die Heroen der Gründerzeit wurden quasi mythisch verehrt. Gedenkstätten, Denkmäler, Gedichte, Lieder, Bilder, Bücher und Filme gehören seitdem zum geschichtskulturellen Repertoire dieser Revolution. Im 20. Jahrhundert kamen Filme hinzu, das 21. Jahrhundert steuerte innovative Serien-Formate sowie ein Hip-Hop-Musical bei.

Allen Produkten gemeinsam ist ihre affirmative, sinn- und identitätsstiftende Funktion sowohl für das Geschichts- als auch das Selbstbewusstsein der US-Amerikaner. Höhepunkt und zugleich Ausdruck dieser historisch gewachsenen und legitimierten Identität ist der 4. Juli, der amerikanische Nationalfeiertag.

Didaktische Überlegungen/Kompetenzziele

Anhand dieses Kapitels arbeiten die Schülerinnen und Schüler die Bedeutung der Revolutionsepoche in der US-amerikanischen Geschichts- und Erinnerungskultur heraus. Dabei formulieren sie Sach- und Werturteile zu den von ihnen untersuchten Produkten. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf dem Medium Film, zu dessen marginaler Bedeutung in Bezug auf die Anzahl von filmischen Thematisierungen der Revolutionszeit sie ebenfalls Stellung nehmen.

Erläuterungen zu den Arbeitsaufträgen

Darstellungsteil:

1. Eine Erklärung für die marginale Bedeutung der Revolutionsepoche im Film erweist sich als schwierig. Eine These des Historikers Michael Hochgeschwender lautet, dass die Sehgewohnheiten des Publikums sich verändert hätten und filmische Darstellung der Geschichte des 18. Jahrhunderts nicht mehr den Geschmack des Publikums trafen, da die damaligen Geschwindigkeiten nicht dem aktuellen Gewohnen entsprächen und eine „Modernisierung“ im Sinne von Beschleunigung das geschichtliche Ereignis ad absurdum führen würden. Diese These ist allerdings nur für den Zeitraum seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts plausibel, auf die vorherige Filmtechnik trifft sie nicht zu. Für den Zeitraum davor wird die These von der mythischen Funktion der Revolution angeführt. Derzufolge sei die Revolutionsepoche sakrosankt und könne nicht ohne Qualitätsverlust in das Medium Film transferiert werden. Auch die Aura der Gründerväter würde durch solche Darstellungen geschädigt, weshalb es insgesamt kaum Filme zum Thema gebe. Hinzu kommt drittens die „Unattraktivität“ des Genres Historienfilm, der keinen kontrafaktischen Verlauf erlaube, sondern sich am tatsächlichen Geschehen orientieren müsse, was für eine gewisse Vorhersehbarkeit Sorge. Erst seit Beginn des 21. Jahrhunderts werden diese Konventionen allmählich in Frage gestellt. Eine „unheroische“ Darstellung der Gründerväter ist nun möglich geworden. Gleichwohl gilt für derartige Produktionen noch immer die Regel der Faktizität, obwohl mittlerweile Neuakzentuierungen sowie das narrative

Füllen von Leerstellen und Lücken in der Überlieferung möglich geworden sind.

Die einzige Ausnahme von den Grundregeln der Faktizität und Vorhersehbarkeit stellt das Computerspiel „Assassin's Creed III“ dar. In der alternativen Spielwelt „The Tyranny of King Washington“ hat sich der erste US-Präsident George Washington vom Freiheitskämpfer in einen despotischen Tyrannen verwandelt, der alle amerikanischen Indianerstämme ausrotten will. Das Ziel des Spiels besteht darin, Washington zu töten. Diese Singularität im Medium Computerspiel untermauert zugleich die ansonsten weiterhin geltenden Grundregeln, die auf eine nationalintegrative Funktion der filmisch-medialen Geschichtsdarstellung abzielen.

2. Die oberen zwei Drittel des Filmplakats dominiert das Antlitz Mel Gibsons, der die Hauptfigur des Films, den Farmer und Familienvater Benjamin Martin, verkörpert. Im unteren Drittel ist neben den obligatorischen Angaben zu Studio, Regisseur, Schauspielern etc. eine Schlachtenszene zu sehen, bei der amerikanische gegen britische Truppen kämpfen. Rechts im Bild reitet ein Kavallerist mit einem zerfetzten Sternenbanner in Richtung des Betrachters. Im Hintergrund des unteren Bilddrittels ist ebenfalls ein zerfetztes Sternenbanner zu sehen. Die Flagge korrespondiert mit der Schlachtszene, auch der entschlossene Blick des Protagonisten lässt auf den Inhalt des Films, nämlich den bewaffneten Kampf für ein unabhängiges Amerika, wie ihn das Zusammenspiel von Filmplakat und Filmtitel nahelegt, schließen.

3. Individuelle Schülerlösungen; folgende Filme und Serien können genannt werden:

The Patriot (2000)
Thomas Jefferson (1997) (Dokumentation)
John Adams (2008)
Jefferson in Paris (1995)
1776 (1972)
Turn: Washington's Spies (2014–2017)
Revolution (1985)
America (1923)
Drums along the Mohawk (1939)
The Last of the Mohicans (1992)
National Treasure (2004)
Daniel Boone (1964–1970)
The Howards of Virginia (1939)

4. Individuelle Schülerlösungen. Neben prinzipieller Zustimmung zu den Thesen kann auch mit Kritik daran gerechnet werden, z.B. am mythisch-sakrosankten Status der Revolutionsepoche oder den Sehgewohnheiten im Verhältnis zur dargestellten Zeit. Denn bei anderen historischen Sujets, die nicht die eigene Nationalgeschichte betreffen, gehen die Hollywood-Studios recht sorglos mit diesem Aspekt um – man denke etwa an die Filme „Troja“ oder „300“. Sie sind allerdings gerade kein Bestandteil der amerikanischen Geschichte und unterliegen daher nicht der filmischen Unverletzlichkeitsregel wie die Revolutionsepoche.

Materialteil:

1. Der Historiker Michael Hochgeschwender kritisiert am Spielfilm „The Patriot“ Folgendes:

- „unkritischer, anachronistischer Patriotismus“ mit Hang zum Triumphalismus (Z. 35–38), der sich weltweit vermarkten lassen soll (Z. 8–9)
 - ahistorische, anachronistische Darstellung der britischen Gegner (Z. 30–34)
 - bloße Darstellung einer „Episode der Revolution“ (Z. 43)
 - ahistorische politische Generalisierungen (trotz Authentizität bei Details) (Z. 53–68)
 - „inadäquater Freiheitsbegriff“ (Z. 63–64)
 - unrealistische Darstellung schwarzer Soldaten in der Kontinentalarmee (Z. 69–88)
 - „ideologisch motivierte Ungenauigkeiten“ (Z. 89–90)
 - „weltanschauliche Einseitigkeiten“ (Z. 92–93)
 - „farbiges, gefühlsseliges Historienspektakel“ (Z. 2–3)
- Fazit: Emotion und Entertainment statt historisch korrekter Information

2. Der Zeitungsartikel thematisiert folgende Ursachen für den Erfolg des Musicals „Hamilton“:

- modernes Genre (Hip-Hop-Musical) (Z. 9)
- Barack Obama als prominenter Fan (Z. 16)
- Thematisierung zentraler amerikanischer Themen und Debatten an einem historischen Beispiel (Hamilton): USA als Einwanderungsland und Schmelztiegel; amerikanischer Traum, durch eigene Anstrengung sozial aufzusteigen
- Erfinder des Musicals als prototypisches Beispiel für den Aufstieg eines gesellschaftlichen Außenseiters
- „Hamilton“ in doppelter Perspektive ein „Migranten-Epos“ (Z. 70–71): einerseits historisch (Hamilton als Einwanderer aus der Karibik, Z. 38–39), andererseits aktuell (vielfältiges Ensemble bestehend aus Migranten, Z. 34–38, 63–81, vgl. auch D5)
- Identifikationsmöglichkeiten für zahlreiche US-Amerikaner
- Verwirklichung des „amerikanischen Traums“ in Form eines ansprechenden und von Kritikern hochgelobten Musicals (Z. 86–111)

3.

- Interesse an (der eigenen Lokal-)Geschichte (Z. 8–10, Z. 82–89)
- Bemühung um historische Genauigkeit (Z. 40–42, Z. 94–117)
- keine Tendenz zur Verherrlichung oder Romantisierung (Z. 52–56, Z. 91–92)
- Interesse auch am zivilen Alltagsleben im 18. Jahrhundert (Z. 10, Z. 94–96, Z. 120–136)
- Freizeitbeschäftigung/Hobby (Z. 120, 131)
- (Nach-)Erleben und Begreifen von Geschichte (vgl. Z. 182–183, Z. 94–96) durch eigenes Nachempfinden bzw. Nachstellen

4.

	deutsche Reenactment-Gruppe	amerikanische Reenactment-Gruppe
Gemeinsamkeiten	<ul style="list-style-type: none"> – historische Exaktheit – Interesse an (eigener) Geschichte – Freizeitbeschäftigung/Hobby – Erleben und Begreifen von Geschichte durch eigenes Nachspielen 	
Unterschiede	<ul style="list-style-type: none"> – Militär- und Zivilgeschichte – Hobby für Männer und Frauen – keine Tendenz zur Verherrlichung – Perspektive der deutschen Söldner 	<ul style="list-style-type: none"> – nur Militärgeschichte – Hobby für Männer – vermutlich Glorifizierung des Unabhängigkeitskrieges – Perspektive der amerikanischen Milizionäre

Literatur- und Medienhinweise

- Erich Angermann, Die Amerikanische Revolution im Spiegel der Geschichte, in: Erich Angermann (Hrsg.), Revolution und Bewahrung. Untersuchungen zum Spannungsgefüge von revolutionärem Selbstverständnis und politischer Praxis in den Vereinigten Staaten von Amerika, München 1979, S. 13–88.
- Karsten Fitz, The American Revolution Remembered, 1830s to 1850s. Competing Images and Conflicting Narratives, Heidelberg 2010.
- Grant Tracey, Filmography of American History, Westport und London 2002.
- Jennifer E. Smyth (Hrsg.), Hollywood and the American Historical Film, Basingstoke 2012.
- Christian Stewen, Reconstructing America. Nationale Geschichtsinzenierung im US-amerikanischen Kriegsfilm der Jahrtausendwende, Saarbrücken 2008.

Der Amerikanische Unabhängigkeitskrieg: eine Revolution? (S. 72 – 77)

Fachlicher Hintergrund

In dem Vierteljahrhundert von 1763 bis 1789 kam es in Nordamerika zu erheblichen Transformationen. Die Veränderungen waren vor allem im politisch-konstitutionellen Bereich tiefgreifend, da die USA nicht nur ihren Status als Kolonien abschüttelten, sondern auch das Gedankengut der Aufklärung erstmals in der politischen Praxis umgesetzt wurde. Eng verbunden damit ist der Mentalitätswandel der Amerikaner. Traditionelle Gesellschafts- und Ordnungsvorstellungen veränderten sich. Für die Bereiche Wirtschaft und Gesellschaft lassen sich keine derartigen Wandlungen konstatieren, alles blieb beim Alten.

Didaktische Überlegungen/Kompetenzziele

Die Schülerinnen und Schüler können bei der Bearbeitung dieses Kapitels überprüfen, ob die Verwendung des Begriffs Revolution für die damaligen Ereignisse in Nordamerika angemessen ist. Zu diesem Zweck setzen sie sich mit Argumenten von Historikerinnen und Historikern auseinander und formulieren eine eigene Stellungnahme.

Erläuterungen zu den Arbeitsaufträgen

Darstellungsteil:

1. Hier sind unterschiedliche Ansichten möglich, sowohl Zustimmung als auch Ablehnung sind denkbar. Unabhängig davon gilt es jedoch festzuhalten, dass Adams diesen Anspruch nach dem erfolgreichen Unabhängigkeitskampf getätigt hat, sodass dieser in der Retrospektive erstens als militärische Fortsetzung des mentalen Wandels und daher zweitens gerechtfertigt erschien.

Für Adams These spricht, dass sich seit dem Ende des Siebenjährigen Krieges ein mentaler Wandlungsprozess bei vielen, aber bei weitem nicht allen Kolonisten vollzogen hat. Große Teile der Bevölkerung wurden politisiert und waren neuen Ansätzen, die zu größerer Unabhängigkeit vom Mutterland führen sollten, gegenüber aufgeschlossen.

Dagegen spricht, dass der Konflikt mit Großbritannien nicht zwangsläufig eskalieren und in einer militärischen Loslösung vom Mutterland hätte enden müssen. Noch bis in die 1770er Jahre war der Ausgang der Krise offen, auch wenn sich die Fronten zunächst zunehmend verhärteten. Sogar im Krieg selbst, dessen Ausgang zunächst keinesfalls gewiss war, standen große Teile der Bevölkerung weiterhin loyal zu Großbritannien.

2. Folgende Kontroversen können benannt werden:

- Handelte es sich überhaupt um eine Revolution oder passt der Begriff nicht?
- Wenn ja, um was für eine Art von Revolution handelt es sich, wie lässt sie sich charakterisieren?
- Welche soziale Basis trug und befürwortete die Unabhängigkeitsbestrebungen, wer lehnte sie ab?
- Was waren die Gründe für den Erfolg der Amerikaner?
- Wer gehörte zu den Gewinnern, wer zählte zu den Verlierern des Unabhängigkeitskampfes?

- Welche ökonomischen, sozialen und politischen Folgen resultierten aus der Unabhängigkeit? Wie sind diese Folgen zu bewerten?
- Welche ideologischen und weltpolitischen Folgen ergaben sich für die USA und ihre globale Rolle seit dem 19. Jahrhundert?

3. *Historischer Kontext:* Nach dem erfolgreichen Unabhängigkeitskampf beginnt die Staatsgründung im Inneren. Innenpolitische Fragen müssen ebenso wie wirtschafts- und sozialpolitische beantwortet werden: Die Bevölkerung der USA wächst durch Einwanderung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts weiterhin stark an, sodass das Land nach Westen hin erschlossen wird. Die Expansion nach Westen unter dem Stichwort „Manifest Destiny“ erreicht schließlich sogar die pazifische Westküste der USA.

Als Verhandlungen der USA mit Mexiko über den Kampf New Mexikos und Kalifornien scheitern und es an der texanischen Südgrenze (Texas hatte sich 1836 unabhängig von Mexiko erklärt und war 1845 von den USA annektiert worden) zu militärischen Zusammenstößen kommt, erklären die USA 1846 Mexiko den Krieg. Im Frieden von Guadalupe Hidalgo vom 2. Februar 1848 tritt Mexiko Kalifornien und New Mexiko an die USA ab.

Bildinterpretation: In einem Kaminzimmer berichtet ein junger, verletzter Soldat, dessen Schwert hinter ihm auf dem mit Teppich ausgelegten Fußboden liegt, einem alten Mann, wohl seinem Großvater, der laut Titel des Gemäldes ein Veteran des Unabhängigkeitskrieges ist und dessen altmodische Kniebundhose ebenfalls ein Zeichen für die Generation der Gründerväter ist, vom aktuellen Krieg gegen Mexiko. Die Eltern des jungen Soldaten, der mit seinem unverletzten rechten Arm gestikuliert, sowie seine Schwester hören dem Bericht ebenfalls zu. Auch die schwarzen Haussklaven, die im rechten Bildhintergrund in einer halboffenen Tür stehen, lauschen gespannt dem Bericht. Sogar der Hund hört aufmerksam zu. Hauptsächlich richtet sich der Bericht aber an den Großvater, den der junge Soldat direkt anschaut.

Die Inneneinrichtung dieses (Wohn-)Zimmers enthält viel revolutionäre Symbolik: Über dem Kamin hängt ein Druck von John Trumbulls Gemälde der Übergabe der Unabhängigkeitserklärung an den Kongress, rechts oberhalb des Kamins befindet sich eine Büste George Washingtons und das Porträt, auf das der junge Mann zeigt, weist den Großvater als Mitglied in der Kontinentalarmee aus, als er noch jung war. Der Blick des alten Mannes, der sich trotz seiner festen Sitzposition in einem Sessel mit beiden Händen noch auf einen Stock stützt, ist gesenkt und nachdenklich, wohingegen die Miene des Enkels trotz Verwundung entschlossen und leidenschaftlich wirkt; vielleicht will er die patriotische Gesinnung des gebrechlichen Großvaters durch seinen Bericht wieder aufleben lassen und seine Stimmung heben.

Woodvilles Generationengemälde einer gutbürgerlich-wohlhabenden Familie setzt sowohl im Titel als auch ikonographisch den Unabhängigkeitskrieg mit dem Amerikanisch-Mexikanischen Krieg 70 Jahre später gleich. Mag man am Gesichtsaus-

druck des Großvaters eventuell auch Zweifel an dieser Bildaussage erkennen, so verdeutlicht die energische Mimik und kraftvolle Gestik des jungen Offiziers – sein Körper sowie vor allem sein Gesicht sind die hellste Stelle des Bildes, er stellt daher das Zentrum des Bildes dar –, dass er sich als Erbe der Revolution sieht und die Nachfolge seines patriotischen Großvaters angetreten hat. Die Anwesenheit von Eltern, jüngerer Schwester und schwarzen Haussklaven legt nahe, dass er auch ihnen für ihr zukünftiges Verhalten in didaktischer Absicht eine Lektion in Patriotismus und republikanischer Tugendhaftigkeit erteilt. Die beiden weiblichen Personen in der Bildmitte (Mutter und Schwester) symbolisieren daher gegenwärtige und zukünftige „Republican Motherhood“ und tragen diese Ideale an die nächste Generation weiter.

Die Erinnerung an die Revolutionsepoche war in der Mitte des 19. Jahrhunderts also noch sehr lebendig und bisweilen sogar noch durch Zeitzeugen präsent. Sie wurde dabei allerdings in den gegenwärtigen Kontext eingepasst (Expansion und „Freiheitskampf“ gegen Mexiko) und für diesen instrumentalisiert.

Materialteil:

1. (siehe Tabelle unten)

2. Revolutionärer Charakter lässt sich für folgende Bereiche konstatieren:

- politische Ordnung
- Verfassungsrecht
- Mentalität/Ideengeschichte

Kein Wandel hingegen ist festzustellen bei:

- Gesellschaftsordnung
- Wirtschaftsordnung

3. Bei dieser Stellungnahme sind unterschiedliche Ansätze denkbar und möglich, die Bandbreite reicht von Zustimmung über differenzierende Positionen bis hin zur Zurückweisung dieser Charakterisierung. Unabhängig von der Art der Beurteilung sollten die Schülerinnen und Schüler ihre Stellungnahme argumentativ begründen und kriterienorientiert ihre Position darlegen. Mögliche Kriterien sind:

- grundlegende und dauerhafte strukturelle Veränderung eines Systems
- grundlegende Umgestaltung der politischen Institutionen (gegen den Willen der Herrschenden)
- Elitenaustausch
- abrupte Veränderung, schnelle Abfolge der Ereignisse
- friedlich oder gewaltsam
- getragen bzw. unterstützt von einem Großteil der Bevölkerung
- organisiert (Träger)
- ressourcenmobilisierend (Menschen und Material)
- Legitimationstendenzen der an die Macht drängenden politischen Gruppen

Bei Bejahung der Bewertung als Revolution erscheint eine Charakterisierung als politische Revolution zutreffend und sinnvoll.

	Kontinuität	revolutionäre Veränderung
D1	<ul style="list-style-type: none"> – keine soziale Umwälzung (Z. 4–27) – Fortbestand der Wirtschaftsordnung (Z. 28–40) – Beibehaltung der Sklaverei (Z. 41–76) – Kontinuität auch in vielen anderen Lebensbereichen (Z. 77–99) 	<ul style="list-style-type: none"> – „Neuordnung des politischen Lebens“ (Z. 1–3)
D2	<ul style="list-style-type: none"> – Fortbestand der Gesellschaftsordnung und der Wirtschaftsordnung (Z. 17–24) – keine Veränderungen/Vorteile für Indianer (Z. 61–77) und Frauen (Z. 78–104) 	<ul style="list-style-type: none"> – politisch-konstitutionelle Veränderung (Z. 1–17) – Mentalitätswandel verändert soziale Beziehungen und Wirtschaftsvorstellungen (Z. 25–60)
D3	<ul style="list-style-type: none"> – keine „soziale Dynamik“: Situation von Frauen, Sklaven, Indianern und Besitzsklaven bleibt unverändert (Z. 51–63) 	<ul style="list-style-type: none"> – Herausbildung einer politischen Kultur (Z. 20–50) – verfassungsrechtliche Entwicklung hin zu schriftlich fixierten und garantierten Rechten (Z. 64–119)
D4		<ul style="list-style-type: none"> – Frauen als politische Akteurinnen mit eigenen Handlungsspielräumen (Z. 1–73) – neues Selbst- und Rollenverständnis von Frauen als „Republican Mother“ (Z. 73–107) – Zugang zu Bildung für Frauen (Z. 108–114)
D5		<ul style="list-style-type: none"> – Mentalitätswandel (Z. 1–67) – Berufung auf die Ideen der Aufklärung (Z. 24–30)

Literatur- und Medienhinweise

- Jon Butler, *Becoming America. The Revolution before 1776*, Cambridge 2001.
- Marco Dräger, *Vive la révolution! Zum Umgang mit einem schwierigen Deutungsbegriff*, in: *Geschichte lernen*, Heft 168 (2015), S. 22–27.
- Eckhart G. Franz, *Das Amerikabild der deutschen Revolution von 1848/49. Zum Problem der Übertragung gewachsener Verfassungsformen*, Heidelberg 1958.
- Heide Gerstenberger, *Revolution und Staatsgründung*, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung*, Göttingen 1976, S. 38–58.
- Karl Griewank, *Der neuzeitliche Revolutionsbegriff. Entstehung und Entwicklung*, Frankfurt am Main 2. Aufl. 1969.
- Michael Hochgeschwender, *Die Amerikanische Revolution. Geburt einer Nation 1763–1815*, München 2. Aufl. 2017.
- Hans-Christoph Schröder, *Die amerikanische und die englische Revolution in vergleichender Perspektive*, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung*, Göttingen 1976, S. 9–37.
- Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung*, Göttingen 1976.
- Hermann Wellenreuther, *Die Amerikanische Revolution*, in: Peter Wende (Hrsg.), *Große Revolutionen der Geschichte. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart*, München 2000, S. 101–120.